

DIETER STRAUCH

MITTELALTERLICHES RECHT

– Herkunft – Kennzeichen – Fortwirken –*)

INHALT

A.	EINLEITUNG.....	2
B.	HIERARCHIE DER RECHTSQUELLEN	2
C.	ALLGEMEINE RECHTSPRINZIPIEN.....	3
I.	Die Hierarchie.....	3
1.	1. im mittlalterlichen Deutschen Reich	3
2.	2. in der Kirche.....	5
II.	Die Genossenschaft	6
III.	Einfluss des römischen und canonischen Rechts	7
1.	1. Rezeption des römischen Rechts	7
2.	2. Rezeption des kanonischen Rechts.....	8
3.	3. Die Bedeutung des römisch-kanonischen Rechts im heutigen Recht ...	9
D.	ÖFFENTLICHES RECHT.....	11
I.	Völkerrecht.....	11
II.	Das Wahlrecht	11
III.	Strafrecht	12
IV.	Prozessrecht	14
E.	PRIVATRECHT.....	16
I.	Vertragsethik und allgemeine Rechtsregeln	16
II.	Personenrecht	17
III.	Direkte Stellvertretung.....	18
IV.	Vertragsrecht.....	18
V.	Sachenrecht	19
VI.	Familienrecht.....	20
VII.	Erbrecht.....	22
1.	1. Anwendung des Sachsenspiegels – heute	22
2.	2. Das Testament.....	23
3.	3. Der Erbvertrag	25

*) Vortrag vor dem Kölner Zentrum für Mittelalterstudien am 12. Dezember 2003; der Vortragsstil ist beibehalten.

ABKÜRZUNGEN	25
QUELLEN UND LITERATUR.....	26

A. EINLEITUNG

In einer Zeit, die durch die Aufklärung und den Rationalismus des 18. Jhs. hindurchgegangen, die technische Revolution des 19. Jhs. erlebt und derzeit mit der Digitalisierung fast des ganzen Lebens mitten in einer zweiten industriellen Revolution steht, mag es anachronistisch oder wenigstens müßig erscheinen, nach dem Fortleben des Mittelalters im Recht zu fragen. Ist das alles nicht längst abgetan, durch Neues und Besseres ersetzt? Und lebt es nicht nur in romantischen Erinnerungen fort, mit denen man das Mittelalter heute als Feierabendbeschäftigung zu verklären pflegt?

Aber abgesehen davon, dass sich ein Rechtsdenken, das über Jahrhunderte das Leben der Menschen bestimmt hat, wahrscheinlich nicht völlig abschaffen und ersetzen läßt, gilt es auch zu bedenken, dass gewisse Rechte und rechtliche Lösungen von sozialen Fragen unter Menschen gleichsam eine dauernde Gültigkeit haben oder wiederzukehren pflegen¹. Es ist zwar beliebig, ob man ein Stop-Schild sechseckig macht oder dafür ein Dreieck auf die Spitze stellt, aber die Frage, ob man eine Straße überhaupt befahren darf, ob sie ganz verboten ist oder nur bestimmte Menschen oder Fahrzeuge sie – etwa gegen Gebühr – benutzen dürfen, ist ein dauerhaftes Problem – unabhängig von der Frage, wie es zu bestimmten Zeiten gelöst ist.

Sehen wir also zu, was sich vom mittelalterlichen Recht und Rechtsdenken, von seinen rechtlichen Gestaltungen der Lebensverhältnisse bis heute erhalten hat.

B. HIERARCHIE DER RECHTSQUELLEN

Da das mittelalterliche Leben fast ganz von der Kirche durchwirkt war, hat sie ihren Einfluss auch auf das Recht ausgedehnt. Deshalb finden wir den Hierarchiedanken nicht nur im Staatsaufbau wieder, (wie ihn die katholische Kirche bis heute für ihre Gliederung beibehalten hat), sondern auch im Recht. Hier war es vor allem die Scholastik mit ihrer Methode, die beim Aufschwung des römischen Rechts in Bologna im 12. Jh. Pate gestanden hat². Namentlich ihre Naturrechtslehre hat sich als fruchtbar erwiesen.

So geht Thomas v. Aquino in seiner Gesetzeslehre³ aus von der *lex aeterna*, dem ewigen Gesetz Gottes, als Ausdruck dafür, dass Gott alles Geschaffene regiert. Auf einer weiteren Stufe findet sich das Naturgesetz, die *lex naturalis*. Es ist die Art, in welcher der Mensch als vernunftbegabtes und freies Wesen an der ewigen Vernunft teilhat. Diese Teilhabe ist das Naturgesetz⁴. Von dessen allgemeinen und unbeweisbaren Prinzipien⁵ hat

1 Vgl. *Theo Mayer-Maly*, Wiederkehr, in: JZ 1971, S. 1 ff.

2 Vgl. *Carl Joseph Hering*, Scholastik, S. 25.

3 *Thomas v. Aquino*, Summa I, II, 93, 1; Übs. *Joseph Bernhart*, Bd. II, S. 443 ff.

4 „Unde patet quod *lex naturalis nihil aliud est quam participatio legis aeternae in rationali creatura*“ (Summa Theologica I, II, 91, 2, bei *Joseph Bernhart* Bd. II, S. 434f; Ernst v. Hippel, Staatsphilosophie, Bd. I, S. 309 ff.; vgl. derselbe, Staatslehre, S. 50f.

5 Summa Theologica I, II, 91, 3, bei *Joseph Bernhart*, Bd. II, S. 436.

der Mensch auszugehen und nach ihnen das Einzelne in den *leges humanae* zu regeln⁶. Vom *ius positivum* als Gegensatz zum Naturrecht spricht dagegen erstmals Abälard um 1140 und kurz danach ist der Begriff in die Lehrbücher eingegangen⁷. Allerdings war das mittelalterliche Naturrecht keine feste überpositive Rechtsordnung, sondern man leitete daraus lediglich den Maßstab ab, um das positive Recht auszulegen⁸.

Das Zeitalter des Vernunftrechts hat dann die religiösen Bezüge gekappt, also die *lex divina* nicht mehr anerkannt, sondern allein auf die menschliche Vernunft gebaut. Schließlich ist das Rechtsdenken im 19. und 20. Jahrhundert ganz positivistisch geworden⁹, wofür hier der Name Hans Kelsen stehen möge¹⁰. Die Erfahrungen mit dem Unrechtsstaat des Nationalsozialismus haben uns allerdings nach 1945 eine Renaissance des Naturrechtsgedankens gebracht¹¹, der sich auch in der Rechtsprechung der deutschen Obergerichte¹² gespiegelt hat. In den 1960er Jahren ist der naturrechtliche Bezug jedoch wieder abgeklungen.

C. ALLGEMEINE RECHTSPRINZIPIEN

I. Die Hierarchie

1. im mittelalterlichen Deutschen Reich

Kennzeichnend für das mittelalterliche Reich war, dass es neben der höchsten Gewalt des Königs und Kaisers allodiale und allodifizierte lehnrechtliche Gewalten gab, die selbst herrschaftlich-hoheitliche Rechte ausübten. Im weiteren Verlauf der Entwicklung wurden diese Gewalten in einen Delegationszusammenhang eingeordnet, den schließlich Jean Bodin in seiner Souveränitätslehre darstellte. Den Begriff der Delegation entnahm man dem römischen Recht, aber auch das Lehnrecht trug dazu bei, denn es war hierarchisch aufgebaut und die Lehnsleute herrschten in höherem Auftrag, aus abgeleitetem Recht, auf Grund höherer Legimation. Die Herrschaft im eigenen Namen und zu eigenem Nutzen trat demgegenüber zurück¹³.

Das Lehnrecht wird in den Rechtsbüchern des 13./14. Jhs., vor allem im Sachsenspiegel (ca 1215 – 35) neben dem Landrecht dargestellt. Als Lehnsmann konnte man zwar

6 „Et istae particulares dispositiones adinventae secundum rationem humanam dicuntur leges humanae“ (wie Fn. 5).

7 Vgl. *Stefan Kuttner*, *droit positif*, S. 728 – 740; *Sten Gagnér*, S. 210 – 228; *Peter Landau*, *Rechtskultur*, S. 46.

8 Vgl. *Rudolf Weigand*, *Naturrechtslehre*, 1967; vgl. *Peter Landau*, *Rechtskultur*, S. 46f.

9 Vgl. etwa *Ernst v. Hippel*, *Naturrecht*, S. 193 – 209.

10 Vgl. *Hans Kelsen*, *Grundlagen*, 1928; *derselbe*, *Reine Rechtslehre*, 1934; vgl. dazu: *Ernst v. Hippel*, *Rechtsdenken*, S. 15 – 28.

11 Vgl. *Ernst v. Hippel*, *Rechtsprechung*, S. 224 – 237; *Erik Wolf*, *Naturrechtslehre*, 1955; ferner: *Albrecht Langner*, *Naturrecht*, Bonn 1959; *Ernst v. Hippel*, *Elemente des Naturrechts*, 1969.

12 Vgl. dazu *Hermann Weinkauff*, *Naturrechtsgedanke* in: *NJW* 1960, S. 1689 – 1696, wieder in: *Werner Maibofer*, *Naturrecht* 1962.

13 Vgl. *Heinrich Mitteis*, *Lehnrecht*, S. 531 ff.; *Theodor Mayer*, *Grundlagen des modernen Staates* wieder in: *Helmut Kämpf*, *Herrschaft*, S. 312; *Ebel*, *Leihgedanke*, 1960, S. 32f; *François Ganshof*, *Lehnswesen*, 1983; *Eberhard Isenmann*, *Art. Staat*, in: *LexMA*, Bd. VII, Sp. 2151 – 2156.

gleichzeitig nach Lehn- und nach Landrecht leben, das Lehnrecht aber war durch eine feste Rangordnung bestimmt, die im Sachsenspiegel (Landrecht I. 3. 2) Heerschildordnung hieß, heute aber Lehnspyramide genannt wird. Sie umfasste sieben Stufen. An ihrer Spitze stand der König, der nur aktiv lehnsfähig war, es folgten die geistlichen und weltlichen Reichsfürsten, im vierten Heerschild standen die nach Landrecht freien Herren, im fünften die Lehnsleute der freien Herren und die Schöffenbarfreien, im sechsten die Lehnsleute der fünften Stufe. Der Sachsenspiegel lässt die siebte Stufe unbenannt, während der Schwabenspiegel von der fünften Stufe ab eine andere Einteilung hat. Blutgerichte (über Hals und Hand) durften nur bis an die dritte Hand verliehen werden¹⁴. Sonst war aber eine Weiterleihe erlaubt, so dass ein Lehngut bis in die fünfte und sechste Hand gelangen konnte. Da es in Deutschland – anders als in Frankreich und England – keinen Treuevorbehalt zugunsten des Königs gab und der Lehnsmann nur seinem unmittelbaren Herrn verpflichtet war, entfremdeten sich die weiterverliehenen Lehen immer mehr dem König und seine Lehnsheer erstreckte sich bald nur auf die Szepter- und Fahnlehen, die er selbst ausgegeben hatte. Das Lehnband wurde im Laufe der Zeit immer dünner, die Lehen wurden erblich, es bildete sich zwar kein Leihzwang¹⁵ aus, doch war der König politisch zu schwach, heimgefallene Lehen der Reichsgewalt zuzuführen.

Zudem überwog in Deutschland das dingliche Element des Lehens, das *beneficium* oder *feudum*, so dass sich am Ende Landesherrschaften bildeten. Man wird es aber als Erfolg des Reiches buchen, dass es die deutschen Stämme so weit zusammenhielt, dass sich eine Nation bilden konnte¹⁶. In ihren Territorien hatten die Landesherren die Lehnsheer. Von der Landesherrschaft¹⁷ zur Landeshoer ging dann die weitere Entwicklung und als ihr Ergebnis bildeten sich Territorialstaaten, die bis zum Ende des Reiches 1806 dessen Mitglieder waren, später als Mitgliedsstaaten im Rheinbund, als Bundesstaaten im Deutschen Bund und im Deutschen Reich von 1870/71 existierten. Danach wurden sie Länder der Weimarer Reichsverfassung und – nach einer Unterbrechung während der nationalsozialistischen Herrschaft¹⁸ und später in der Deutschen Demokratischen Republik¹⁹ – jetzt der Bundesrepublik, teilweise mit neuem Zuschnitt.

Obwohl seit dem Ausgang des Mittelalters das Lehnswesen an Bedeutung verlor, die Lehen im 18. Jh. allodifiziert wurden und damit die Lehnsherren ihres Obereigentums verlustig gingen²⁰, blieb das heilige Römische Reich deutscher Nation doch ein Lehnstaat

14 Vgl. *Karl Kroeschell*, Deutsche Rechtsgeschichte, Band I, S. 272 ff.

15 Dazu: *Hans Werner Goetz*, Leihzwang, Tübingen 1962; *Hans-Georg Krause*, in: ZRG, GA 93, 1976, S. 21 – 99; *Hartmut Leppin*, ZRG, GA 105, 1988, S. 239 – 252.

16 Vgl. *Theodor Mayer*, Moderner deutscher Staat, HZ 159, 1939, S. 457 – 487; Nachdruck in: *Helmut Kämpf*, Herrschaft, S. 314.

17 Vgl. etwa den Begriff *dominus terrae* in § 7 des *Statutum in favorem principum* von Mai 1232, bei *Karl Zeumer*, Quellensammlung Nr. 47 und 53, S. 55.

18 Das „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ vom 30. Jan. 1934 hob die Länder auf und machte sie zu bloßen Verwaltungsbezirken des Reiches.

19 Die zunächst in der sowjetischen Besatzungszone gebildeten fünf Länder (*Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg/Vorpommern*) wurden 1952 auf Veranlassung der Sowjetunion, die einen Einheitsstaat anstrebte, aufgelöst und durch 14 Verwaltungsbezirke ersetzt, vgl. *Rudolf Gmür/Andreas Roth*, Grundriss d. deutschen Rechtsgeschichte, 10. Auflage 2003, Rn. 489, 491.

20 Im preußischen Allgemeinen Landrecht (ALR) erschienen der Lehnsherr und die fideikommissberechtigte Familie in I. 18 §§ 1 ff. und II. 4 § 72 als Obereigentümer des Lehngutes bzw. des

bis 1806. Reste des Lehnswesens hat erst die Weimarer Reichsverfassung durch Art. 109 beseitigt, indem sie die Standesvorrechte und den Adel abschaffte und durch Art. 155, Abs. II versuchte, die Fideikomnisse aufzulösen²¹. Das gelang zwar nicht sofort, aber das Kontrollratsgesetz Nr. 45 vom 20. Februar 1947²² hat in Art. III den Grundsatz der Umwandlung der Familienfideikomnisse in freies Eigen bestätigt. Darauf ergingen in den einzelnen Besatzungszonen Vorschriften zur beschleunigten Abwicklung²³, die aber bis heute nicht zur völligen Auflösung der Fideikomnisse geführt haben.

2. in der Kirche

Die Träger der Kirchengewalt heißen seit der Antike *hierarchia* oder *sacer principatus*²⁴. Zu unterscheiden ist die *hierarchia ordinis* und die *hierarchia jurisdictionis*. Die erste bezeichnet die Reihenfolge der Personen, die göttliche Gnaden spenden dürfen. Wegen ihres sakramentalen Wesens gehörten auf Grund göttlichen Rechts²⁵ dazu die Bischöfe, die Presbyter und die Diakone. Später ergänzte das *ius ecclesiasticum* die Reihe nach unten durch den Subdiakon, den Akoluth, Exorzist, das Lektorat und das Ostiariat. Die *hierarchia jurisdictionis iuris divini* bilden die Personen, denen die Leitung der Kirche zukommt, also der Papst, die Bischöfe und die Priester. Diese Hierarchie hat sich geschichtlich vom Bischof an aufwärts entwickelt auf die Erzbischöfe, Metropoliten, Primaten, Exarchen, Patriarchen und Kardinäle, abwärts aber durch Delegation auf die Koadjutoren, Generalvikare, Domkapitel, Archidiakonen, Archipresbyter, Dekane und Pfarrer. Die Kirche entwickelte darüber hinaus den Gedanken des transpersonalen (unvererblichen) Amtes mit festem Amtseinkommen (der Pfründe) und schuf so die Voraussetzungen jeder (auch der modernen) Bürokratie²⁶.

Die Kirche war es auch, die schon früh die Frage der Repräsentation aufgriff, indem sie die Stellung und die Zusammensetzung des ökumenischen Konzils hinterfragte. Die Geschichte des Konziliarismus und der parlamentarischen Vertretungen zeigt, dass die kirchenrechtlichen Begriffe bedeutsamen Einfluss auf den Parlamentarismus²⁷ ausgeübt haben. Auch die Bindung der Verwaltung an das Recht hat sich in der Kirche – vor allem

Familienfideikommisses, der Vasall bzw. der jeweilige Fideikommissbesitzer als Untereigentümer, vgl. *Wolff/Raiser*, Sachenrecht, § 89, III, S. 354. Über die weitere Entwicklung in Preußen vgl. *Jörn Eckert*, Familienfideikomnisse, S. 92 und *Strauch*, Archivalieneigentum², S.147ff.

21 Vgl. *Wolff/Raiser*, Sachenrecht, § 94, I, 4, S. 380; über die weitere Gesetzgebung in dieser Hinsicht in Deutschland vgl. ebenda S. 380f.

22 Kontrollratsgesetz Nr. 45 v. 20. Febr. 1947, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland 1947, S. 256.

23 Vgl. dazu im einzelnen *Wolff/Raiser*, Sachenrecht, 381 mit Fn. 14 und ausführlich: *Jörn Eckert*, Familienfideikomnisse, S. 761 ff.

24 Vgl. *Johannes B. Sägmüller*, Kirchenrecht, Bd. I, § 12: Die Hierarchie.

25 Also als *hierarchia iuris divini*, vgl. *Johannes B. Sägmüller*, I, § 12, S. 39.

26 *Udo Wolter*, Officium, in: ZRG, KA, Bd. 74, 1988, hier: S. 249 – 261; vgl. *Harold Berman*, Revolution, S. 142; *Peter Landau*, Rechtskultur, S. 50f; *Ralf Dreier*, Amt, S. 92 ff., 169 ff.; *Wolfgang Reinhard*, Staatsgewalt, S. 261; *Ralf Dreier*, Kanonistik, in: JZ 2002, S. 5f.

27 Vgl. *Johannes Hollnsteiner*, Konstanzer Konzil, S. 240 – 256; *Hasso Hofmann*, Repräsentation, S. 191 – 328; *Peter Landau*, Rechtskultur, S. 50.

bei der Ämterbesetzung – früh durchgesetzt. Ebenso hat es im kanonischen Recht eine Art von Konkurrentenklage bereits recht früh gegeben²⁸.

Der neue Codex iuris canonici vom 25. Januar 1983 hat die Hierarchie im Grundsatz beibehalten²⁹. Nach can. 1009 gibt es nur noch die drei Weihegrade göttlichen Rechts: den Episkopat, den Presbyterat und den Diakonat³⁰. Der Codex definiert in can. 129 die Leitungsgewalt (*potestas regiminis* = *potestas iurisdictionis*), die göttlichen Rechts ist und nur denjenigen zusteht, welche die heilige Weihe empfangen haben. Canon 135 unterscheidet dann weiter die *potestas legislativa, exsecutiva und indicialis*. Die kirchliche Hierarchie ist geregelt in den can. 330 – 572. An der Spitze der katholischen Kirche steht nach wie vor der Papst, can. 330 – 335, unterstützt durch das Bischofskollegium und beraten durch die Bischofssynoden. Es folgen in der Hierarchie die Kardinäle, can. 349 – 359, dann die Metropolitane, die zugleich (als Vorsteher einer Kirchenprovinz) Erzbischöfe sind, can. 435 ff., die Bischöfe, can. 375 ff., die Dechanten, can. 553 ff. und Pfarrer, can. 515 ff.. Die katholische Kirche hat also die Hierarchie auch heute beibehalten.

II. Die Genossenschaft

Allgemein gesprochen, sind Genossen Teilhaber an Rechten und Pflichten einer Gemeinschaft, ist die Genossenschaft deshalb ein Personenverband zur Erfüllung der Zwecke, die seine Mitglieder verwirklichen wollen. Soweit die Genossenschaft auf Gleichordnung beruht, fassen ihre Mitglieder Beschlüsse und bilden so einen Gemeinwillen³¹. Die ältere Genossenschaft erwuchs aus ethnisch-religiöser Verbundenheit. Sie war eine gewachsene Ordnung, umfasste die Menschen ganz, ihr Vermögen stand im Gesamteigentum und es gab keine Trennung zwischen den Mitgliedern und der Genossenschaft, alle Beschlüsse wurde einstimmig gefaßt. Beispiele waren die Ehe, die Hausgemeinschaft, die Verwandtschaft, aber auch die Markgenossenschaft, die als Siedlungs- und Wirtschaftsgemeinschaft Gemeineigentum am Grund und Boden hatte, später allerdings oft unter der herrschaftlichen Leitung eines Obermärkers stand. Größere Verbände waren meist herrschaftlich organisiert, wie etwa die Gefolgschaft.

In den Städten bildeten sich geschlossene Verbände, wie die Patriziergenossenschaft der Richerzeche in Köln oder die Zirkelgesellschaft in Lübeck. Im Spätmittelalter entstanden vielfältige neue Genossenschaften, in den Städten etwa die Gilden und Hansen, die sich in den Ämtern und Zünften fortsetzten, die Handelsgesellschaften, die Münzerhausgenossenschaften und die geistlichen Bruderschaften, aber auch die Universitäten, die zunächst der genossenschaftliche Zusammenschluss der Studenten waren. Im ländlichen Bereich finden wir Waldgenossenschaften, im Siegerland Haubergsgenossenschaften, im Harz und in Tirol Gewerkschaften des Bergrechts oder Deichgenossenschaften an der Küste.

In der weiteren Entwicklung entstand aus dem Personenverband der frühen Zeit die Verbandsperson. Das ist vor allem an den Städten zu beobachten: Seit dem 12. Jh. treten

28 Vgl. Harry Dondorp, Papal Rescripts, in: ZRG, KA, 107, 1990, S. 172 – 253; Heribert Schmitz, Appellatio, 1970; Peter Landau, Rechtskultur, S. 51.

29 Vgl. Codex iuris canonici, 2. Auflage, Kevelaer 1984.

30 Vgl. Winfried Aymanns, Dienste, S. 242 – 252; vgl. Aymanns/Mörsdorf, Lehrbuch, Bd. I, 1991, § 38, S. 398 ff.

31 Vgl. Helmuth Stradal, Art. Genossenschaft, in: HRG, Bd. I, Sp. 1522 – 1527.

hier Personenverbände immer mehr hervor, bilden Schwureinungen und lösen sich aus dem Herrschaftsbereich des Stadtherrn³², wie man an der Entwicklung der Stadt Köln, aber auch an anderen Städten (Wien, Nürnberg, Straßburg) sehen kann. Aus der herrschaftlichen Stadt unter dem Stadtherrn wird die Einung freier Bürger, die ein eigenes Recht in der Form von Satzungen als Stadtrecht sowie Organe (Bürgerversammlung, Rat, Bürgermeister) ausbildet. Fast alles, was heute als Kommunalrecht gilt, hat seinen Ursprung in der mittelalterlichen Stadt. Hier scheidet sich die Genossenschaft von dem einzelnen Mitglied, sie verselbständigt sich und tritt dem Einzelnen gegenüber. Der gemeinsame Wille wird nun durch Mehrheitsbeschlüsse gebildet.

III. Einfluss des römischen und canonischen Rechts

1. Rezeption des römischen Rechts

Bereits in den germanischen Volksrechten finden sich Einflüsse des römischen Rechts, denn sie werden begleitet von Rechtsaufzeichnungen für die romanischen Untertanen der germanischen Herrscher, z. B. der *lex Romana Burgundionum*, *Lex Romana Curiensis* oder *lex Romana Visigothorum*. Heinrich IV. bediente sich im Investiturstreit des Ravenater Juristen Petrus Crassus, um den päpstlichen Ansprüchen mit Argumenten aus dem römischen Recht zu begegnen³³. Vor allem aber wurde um 1050 in Pisa eine Handschrift der *Digesten* aufgefunden³⁴, die alsbald von Irnerius, dem Berater Heinrichs V., und den Glossatoren nach der scholastischen Methode interpretiert und angewendet wurde. Die frühe Jurisprudenz war also zunächst nichts anderes als ein Zweig der scholastischen Theologie; doch lösten sich die Juristen bald vom theologischen Totalitätsanspruch und begannen, als Glossatoren die Rechtsquellen selbständig auszulegen³⁵. Ihre Arbeit³⁶ gipfelte in der *glossa ordinaria* des Accursius († um 1263), die als maßgebliches Werk des mittelalterlichen römischen Rechts großen Einfluss gehabt hat. Zuvor hatte aber Kaiser Barbarossa (1152 – 1190) vier berühmte Glossatoren, die sog. *lilia iuris*, nämlich Martinus Gosia († nach 1158), Bulgarus († 1166), Hugo de Porta Ravennate († um 1170) und Jacobus († 1178) in seinen Dienst gezogen und sie mit einem Rechtsgutachten über die Rechte des deutschen Kaisers als Nachfolger der römischen Cäsaren erbeten. Barbarossa ließ sein berühmtes Scholarenprivileg³⁷, das nach neueren Forschungen bereits 1155 erging, dem Codex Justinians einordnen, wo es sich in dessen mittelalterlichen Ausgaben

32 Gegen erheblichen Widerstand dieser *principes* und des Königs, vgl. den Reichsspruch gegen die Genossenschaften der Städte vom 23. Jan. 1231 bei *Karl Zeumer*, Nr. 45, S. 50 und das Mandat des Pfalzgrafen *Konrad bei Rhein* gegen die Bürger von Trier von 1161, in: *Elenchus*, Nr. 75, auch bei *Karl Kroeschell*, Dt. RG, Bd. I, S. 231f.

33 Vgl. *Helmut Helmuth Coing*, Röm. Recht, Bd. V, 6, 1964, S. 34; vgl. *Karl Kroeschell*, Dt. RG Bd. I, S. 184.

34 Die sog. Pisana aus dem 6. Jahrhundert, die um 1406 nach Florenz gelangte und seitdem Florentina heißt. Von ihr stammen die Vulgatahandschriften der Glossatorenzeit (11. Jh.) ab.

35 Vgl. *Hans-Jürgen Becker*, Art. Scholastik, in: HRG Bd. IV (1988), Sp. 1478 – 1481; *L. J. Elders*, Art. Scholastische Methode, in: *LexMA* Sp. 1526f; *Hans Schlosser*, Grundzüge § 1, S. 22.

36 Glossatoren waren z. B. der schon genannte *Irnerius* († nach 1118), die *quattuor doctores*, ferner *Rogierius* († nach 1162); vgl. dazu *Hermann Dilcher*, Art. Glossatoren in: HRG, I, (1971), Sp. 1708 ff.; *Johannes Fried*, *Juristenstand*, S. 46 – 61.

37 Vgl. den Text bei *Hattenbauer/Buschmann*, Textbuch Nr. 2, S. 30 ff.;

in C. IV. 13. 5 findet. Auf dem Reichstag von 1158 in Roncaglia ergingen³⁸ die danach benannten Gesetze, welche die Rechte der antiken Cäsaren dem deutschen Kaiser als deren Nachfolger zuordneten³⁹. Damit hatte Barbarossa nicht nur erhebliche Einkünfte gewonnen, sondern er betrachtete sich auch als *dominus mundi*, als *lex animata in terris*, er war *legibus solutus* und geschützt durch die Strafe des *crimen laesae maiestatis*⁴⁰. Hier wurzelt die spätmittelalterliche Vorstellung vom Kaiserrecht, die bei der Reichsreform 1495 und im Bauernkrieg 1525 sich als revolutionär erwies⁴¹.

Diese Übertragung der Rechte römischer Cäsaren auf den deutschen Kaiser setzte eine Rezeption des römischen Rechts⁴² in Gang, die im 16. Jh. zur Hauptrezeption, im *Usus Modernus Pandectarum*⁴³ des 16. – 18. Jhs. zur Anpassung und Fortbildung des römischen Rechts an die Erfordernisse der Gegenwart und schließlich – unterbrochen durch die Naturrechtslehre und ihre Kodifikationen – in der Historischen Rechtsschule des 19. Jahrhunderts zur Spätrezeption des römischen Rechts geführt hat. Da im 19. Jahrhundert alle Juristen pandektistisch ausgebildet waren und pandektistisch dachten, ist das römische Rechtsdenken und sind römische Rechtsinstitute in großem Ausmaß in das BGB eingegangen. Böse Zungen behaupteten von ihm, es sei nichts anderes als „der kleine Windscheid“, also ein in Gesetzesform gegossenes Pandektenlehrbuch.

2. Rezeption des kanonischen Rechts

Um 1140 verfasste der Camaldulensermönch Gratian († vor 1179) die *concordantia discordantium canonum*, also eine mit Hilfe der scholastischen Methode bereinigte Sammlung einander (scheinbar) widersprechender kirchlicher Rechtssätze (*canones*). Diese Privatarbeit war eine Quellensammlung und zugleich ein Lehrbuch kirchlichen Rechts, die bald große Anerkennung fand und deshalb *decretum Gratiani* genannt wurde, ohne jemals gesetzgeberische Bestätigung gefunden zu haben. Damit wurde das kanonische Recht geboren, eine selbständige Rechtsordnung, die nicht nur die Amtskirche, sondern auch die einzelnen Gläubigen betraf. In Deutschland finden sich Hinweise auf die Arbeit mit diesem Rechtsbuch in Hildesheim 1160 und in Köln 1170 mit seiner kanonistischen Rechtsschule. Wie im römischen Recht die Legisten, so bildete sich alsbald eine Rechtsschule der Dekretisten, die zunächst bemüht war, Lücken des gratianischen Textes zu schließen (sog. *Paleae*, nach *Pauca Palea*, dem Schüler Gratians). Sie erarbeiteten aus den Quellen juristische Argumente zur Lösung von Rechtsfällen (*brocarda*), und schrieben Erläuterungen (*summae*), so die in Bologna wirkenden Dekretisten Rolandus Bandinellus († 1181), Rufinus († 1192) und Huguccio von Pisa († 1210). Die *glossa ordinaria* zum Dekret Gratians schrieb Johannes Teutonicus († 1245). Eine Ergänzung des Gratianischen Dekrets war der von Raymundus de Penyafort verfasste *Liber Extra* von 1234, auch

38 Vgl. Winfried Stelzer, Zum Scholarenprivileg Friedrich Barbarossas, in: Deutsches Archiv, Bd. 34, 1978, S. 123 – 165.

39 Es waren die *lex Regalia sunt haec*, die *lex omnis iurisdictio*, die *lex palatia* und die *lex tributum*, vgl. Vittore Colorni, Roncaglia, 1969; Karl Kroeschell, Dt. RG I, S. 184.

40 Vgl. Helmut Coing, Röm. Recht, Bd. V, 6, 1964, S. 28 – 36).

41 Vgl. Hermann Krause, Kaiserrecht, S. 26 – 49.

42 Vgl. dazu Paul Koschaker, Römisches Recht, 1966.

43 Zum *Usus Modernus* vgl. Klaus Luig, Art. *Usus Modernus*, in: HRG, Bd. V (1998), Sp. 628 – 636, mit den Hauptvertretern Conring, Schilter, Struve, Stryk, Thomasius, J. H. Böhmer, Heineccius, Leyer, Kreittmayr und Höpfner.

Dekretalen Gregors IX. genannt, also ein päpstliches Gesetzgebungswerk, dem alsbald die *glossa ordinaria* des Bernhard von Bottone († 1263)⁴⁴ folgte. Im Jahre 1298 ergänzte Papst Bonifaz VIII. (1294 – 1303) die 5 Bücher des Liber Extra durch den *Liber sextus*, dessen Promulgationsbulle Sacrosanctae eine neue Gesetzgebungslehre enthielt, die dem Gesetzgeber die Macht gab, neues Recht an Stelle von altem, obsolet gewordenen, zu setzen⁴⁵. Damit war die bisherige – nur bestätigende – Gesetzgebung überwunden. Die *glossa ordinaria* zum Liber Sextus schrieb Johannes Andreae (um 1270 – 1348), der *fons et tuba iuris* genannt wurde und auch die Glosse zum letzten Buch des corpus iuris canonici, den *Clementinae* Papst Clemens' V. (1305 – 1314), verfaßt hat, das erst 1317 Gesetzeskraft gewann und nur aus päpstlichen Dekretalen und Konzilsbeschlüssen besteht.

Diese Fülle des kanonischen Rechts – ergänzt durch Privatarbeiten (sog. Extravagan-tes) – gewann ihre endgültige Gestalt durch die amtliche Ausgabe Gregors XIII., die Editio Romana von 1582. Sie heißt seitdem *corpus iuris canonici* und enthält den gesamten Schatz der Rechtsregeln, die den Weg der weiteren Rechtsentwicklung in Europa bestimmten⁴⁶, denn das kanonische Recht hat fast alle übrigen Rechtsgebiete beeinflusst⁴⁷. Zu nennen sind die Gleichheit vor dem Gesetz, das Wahlrecht, das Mehrheitsprinzip, die Gerichtsbarkeit⁴⁸ (vor allem Schriftlichkeit des Verfahrens, Beweisregeln, Vollstreckbarkeit), das Strafrecht, wo nicht nur das Schuldprinzip Fuß fasste⁴⁹, sondern auch die *poenae medicinales*⁵⁰, welche die Resozialisierung des Täters förderten, das Bürgerliche Recht⁵¹ Wirtschafts- und Schuldrecht und vor allem die Universitätsorganisation⁵², die auf den Generalstudien der Orden⁵³ fußte. Aber auch das Asylrecht⁵⁴, das aus der Antike stammt, ist durch die Kanonistik vermittelt, die sich hierbei unmittelbar auf den Pentateuch be-rief⁵⁵. Erst am 19. Mai 1918 löste der erste *CODEX IURIS CANONICI* das *CORPUS IURIS CANONICI* ab, das fast 780 Jahre gegolten hatte.

3. Die Bedeutung des römisch-kanonischen Rechts im heutigen Recht

Das römisch-kanonische ius commune bildete bis über das Mittelalter hinaus nicht nur eine gemeinsame europäische Rechtstradition, sondern wurde auch von einer übergrei-

44 Vgl. Johannes B. Säg Müller, Bd. I, § 44, S. 181.

45 Vorgebildet ist dieses päpstliche Gesetzgebungsrecht bereits im Liber Extra von 1234, vgl. Helmut Quaritsch, Staat, S. 135, Ralf Dreier, Kanonistik, in: JZ 2002, S. 4f.

46 Vgl. Eltjo H. Schrage, Utrumque Ius, S. 84 ff.; Peter Landau, Bedeutung S. 23 – 47; derselbe, Rechtskultur, S. 39 – 57; Hans Schlosser, Grundzüge, S. 26.

47 Vgl. zu diesem Einfluss: Harold Berman, Revolution, 1991; Ralf Dreier, Kanonistik, S. 2.

48 Vgl. Knut Wolfgang Nörr, Gerichtsverfahren, S. 197 – 205 und desselben, Person, 1994, S. 23 – 42.

49 Vgl. Stefan Stefan Kuttner, Schuldlehre 1935; Sten Gagnér, Gesetzgebung, S. 146 ff.; 307 ff.

50 Zu den *poenae medicinales* vgl. Johannes B. Säg Müller, Kirchenrecht, Bd. II, S. 347 ff.

51 Vgl. Hans-Jürgen Becker, Spuren, S. 159 – 169.

52 Vgl. Willibald Plöchl, Art. Kirchenrecht, katholisches, in: HRG, Bd. II (1974), Sp. 771 – 775; und derselben, Geschichte des Kirchenrechts, Bde I – V, Wien 1960 ff.

53 Vgl. Strauch, Generalstudien, 1997, S. 42 – 58;

54 Zur Geschichte des kirchlichen Asylrechts vgl. Peter Landau, Art. Asylrecht III: Alte Kirche und Mittelalter, in: TRE Bd. 4, 1979, S. 319 – 327; derselbe, Rechtskultur, S. 41.

55 In Numeri 35: 10 steht die Grundlegung des Asylrechts (Freistädte), vgl. Peter Landau, Rechtsprinzipien, S. 24; derselbe, Rechtskultur, S. 41.

fenden Rechtswissenschaft gepflegt, wie sich an den Werken und Tätigkeitsorten berühmter Juristen zeigen lässt. Ich nenne hier nur – außer den schon erwähnten Glossatoren – die Konsiliatoren (zwischen 1250 und 1500), nämlich im römischen Recht Bartolus de Saxoferrato (1313 – 1357), Baldus de Ubaldis (1327 – 1400) und Jason de Mayno (1435 – 1519), im kanonischen Recht Sinibaldus Fliscus (= Papst Innozenz IV. um 1195 – 1254), Guido de Baysio († 1313) und Johannes Andreae († 1348)⁵⁶. Ihnen folgten später die Juristen des *usus modernus pandectarum*, dessen Zeit von etwa 1500 – 1800 anzusetzen ist⁵⁷: Ich nenne nur Franciscus Hotomanus (1524 – 1590), Matthias Wesenbeck (1531 – 1586), Samuel Pufendorf (1632 – 1694), Johann Samuel Stryk (1668 – 1715), Georg Adam Struve (1671 – 1738) und Johann Gottlieb Heineccius (1681 – 1741)⁵⁸. Kennzeichen ihrer Arbeit mit den römischen Quellen ist, dass sie offen waren für neue Entwicklungen und in diesen Quellen den Stoff und die Rechtsgedanken fanden, um den Anforderungen ihrer Zeit gerecht zu werden⁵⁹. Sie betrachteten das Recht als ein zusammenhängendes System von Regeln, das sich mit dem Laufe der Zeit entwickelt und verändert.

Obwohl das kanonische Recht des 12. Jhs. zunächst ein *case law* war, ging die Kirche später dazu über, das kirchliche Recht zu vereinheitlichen, indem sie – zum Beispiel auf Konzilien⁶⁰ – Gesetze erließ, die in kirchlichen Gesetzbüchern, z. B. dem Liber Extra Gregors IX. von 1234⁶¹, zusammengefasst wurden. Die Kirche leistete auf diese Weise einen wesentlichen Beitrag zur Rechtssicherheit und wurde damit zugleich zum Vorbild auch weltlicher Gesetzbücher, wie etwa der Konstitutionen von Melfi, die Friedrich II. 1231 für Sizilien erließ⁶², oder des Gesetzbuchs Magnus Lagabötirs von 1263 für Norwegen.

Die Rechtssicherheit förderte die Kirche auch dadurch, dass sie das römische Rückwirkungsverbot⁶³ einführte bei Rechtsnormen, die den einzelnen belasteten oder in seinen Rechten beeinträchtigten. Obwohl schon 599 in einem päpstlichen Brief erwähnt, hat erst Bernhard v. Pavia seine Bedeutung erkannt, später ist es in den Liber Extra⁶⁴ gelangt. Auf den Einfluss und die Ausstrahlung des kanonischen Rechts in das Recht der Gegenwart und auf seine grundlegende Bedeutung für die europäische Rechtsentwicklung hat als erster Hans Liermann hingewiesen⁶⁵. Inzwischen sind ihm viele andere Gelehrte gefolgt.

56 Vgl. die Nachweise bei *Gero Dolezalek*, Art. Postglossatoren, in: HRG Bd. III (1984), Sp. 1842f.

57 Vgl. dazu *Klaus Lüig*, Art. Usus modernus, in: HRG, Bd. V, (1996), Sp. 628 – 636.

58 Vgl. *Reinhard Zimmermann*, ius commune, in: JZ 1992, S. 8 – 20, hier: S. 11.

59 *Reinhard Zimmermann*, ius commune, ebenda, S. 11f; *Helmut Coing*, Element, in: HZ, Bd. 238, S. 1 – 15.

60 Beispiel ist das 4. Laterankonzil von 1215, vgl. *Hubert Jedin*, concilia, S. 203 – 247.

61 Liber Extra bei *Friedberg*, Corpus Iuris Canonici, Bd. II, Sp. 1 – 928.

62 Zu den Konstitutionen von Melfi vgl. *Conrad/Buyken*, Bd. II, Köln etc. 1973; zu *Magnus Haakonssons* (Lagabötir) Landrecht vgl. *Keyser/Munch*, Norges Gamle Love indtil 1387 Bd. II, 1848, S. 1 – 178; vgl. *Sten Gagnér*, Gesetzgebung, S. 288 – 366; *Armin Wolf*, Kodifikation, S. 143 – 171; *Peter Landau*, Rechtskultur, S. 44f; *Strauch* 2 S. 28, 148ff.

63 Das Rückwirkungsverbot findet sich zuerst in einer Konstitution *Theodosius' II.* in Cod. 1. 47. 7, wonach nur auf besondere Anordnung Rechtsnormen rückwirkend gelten sollten, vgl. *Peter Landau*, Rechtskultur, S. 45f; der Liber Extra 1. 2. 2 (*Friedberg*, Bd. II, Sp. 8) sagt: „*Rem quae culpa caret in cannum vocari non convenit. Quoties vero novum quid statuitur, ita solet futuris prohibitionem possint ignorantes incurrere, quod eos postmodum dignum est velitos sustinere*“.

64 Rückwirkungsverbot in Liber Extra 1. 2. 2., vgl. *Peter Landau*, Rechtskultur, S. 45.

65 Vgl. *Hans Liermann*, Unterricht 1973, S. 108 – 131; *Hans Liermann*, Rechtsdenken, in: Zeitschrift f.

Heute zeigt sich an der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes und anderer oberer Gerichte, dass sie sich in ihren Urteilen nicht mehr unbedingt an die Vorgaben gebunden fühlen, welche die Verfasser des Bürgerlichen Gesetzbuches [BGB] am Ende des 19. Jhs. im Bürgerlichen Gesetzbuch kodifiziert haben. Statt dessen greifen sie Gedanken des römisch/kanonischen Rechts auf und entscheiden Streitfälle z. B. über die Teilnichtigkeit von Rechtsgeschäften (geregelt in § 139 BGB), über die Aufrechnung im Verhältnis von Bürgen und Hauptschuldner (geregelt in 770,II BGB) oder die Erbenbestimmung durch Dritte (geregelt in 2065, II BGB) nicht mehr rein nach bürgerlichem Recht, sondern wenden die traditionellen Regeln des *usus modernus*⁶⁶ an. Schauen wir uns nach dem Einfluss des mittelalterlichen Rechts auf unser heutiges im Einzelnen um!

D. ÖFFENTLICHES RECHT

I. Völkerrecht

Während die Antike Völkerrecht nur sporadisch praktizierte⁶⁷, waren es die Kanonisten des 13. Jahrhunderts, die hier Pionierarbeit leisteten. Bereits Gratian hatte seine *Causa 23*⁶⁸ des Dekrets der Frage des gerechten Krieges gewidmet. Er gestattete Kriege nur, wenn sie der Wiedergutmachung von Unrecht dienten. Die späteren Kanonisten diskutierten darüber, welche Kriegsziele erlaubt seien und ob die Lehnsleute ihrem Herren Gehorsam auch dann schuldeten, wenn dieser in einen ungerechten Krieg zog. Hier hat Sinibaldus Fliscus, der spätere Papst Innozenz IV. (1243 – 1254), als erster hervorgehoben, dass Christen das Eigentum und die Herrschaft auch von Heiden zu achten haben und hat damit die Treuepflicht der Lehnsleute relativiert⁶⁹. Außerdem wirkte sich die Spruchpraxis der Päpste im Völkerrecht wie ein internationaler Gerichtshof aus⁷⁰.

II. Das Wahlrecht

Einige andere Institute haben für die heutige Zeit grundlegende Bedeutung erlangt, so z. B. das Wahlrecht, das seinen Ursprung im kanonischen Recht hat, weil die kirchlichen Aufgabenträger allenthalben durch Wahlen in ihr Amt kamen⁷¹. Das beginnt bei den Fra-

evangelisches Kirchenrecht Bd. 6, 1957/58, S. 37 – 51; vgl. *Hans-Jürgen Becker*, Spuren, S. 159 – 169.

66 Nachweise bei *Reinhard Zimmermann*, *ius commune*, in: JZ 1992, S. 19.

67 Vgl. *Karl Heinz Ziegler*, Art. Völkerrecht, in: HRG, Bd. V (1993), Sp. 948 – 963.

68 *Decretum Gratiani*, C. 23 (*Friedberg*, Bd. I, Sp. 889 ff.).

69 Die Begründung dieser Lehre steht im Dekretalenapparat zu X 3. 34. 8 von Papst Innozenz IV., fol. 430r: „*Domina, possessiones et iurisdictiones licite sine peccato possunt esse apud infideles, haec enim non tantum pro fidelibus, sed pro omni rationabili creatura facta sunt*“, vgl. *Peter Landau*, Rechtskultur, S. 52.

70 So hat *Eugen IV.* die Feldzüge der Portugiesen gegen die kanarischen Inseln 1434 und 1436 kritisch beurteilt und das Konzil von Konstanz einen Spruch gefällt, ob der Deutsche Orden das Recht habe, Krieg im heidnischen Litauen zu führen, vgl. *James Muldoon*, Popes, S. 107 – 131; *derselbe*, Just War, S. 467 – 480; *Peter Landau*, Rechtskultur, S. 52.

71 Zur kanonischen Wahl vgl. zuerst *Bernhard von Pavia*: *Bernardi Papiensis Summa Decretalium*, *Ernst Adolf Theodor Laspeyres* (Hg.), Regensburg 1860, Neudruck Graz 1956, S. 307 – 323. Der Wahlakt kann *quasi per inspirationem*, oder *per compromissum* vor sich gehen, gewöhnlich aber *per scrutinium*, vgl. allgemein über den Wahlmodus *Johannes B. Sägmüller*, Bd. I, § 73, S. 338 ff., für die Bischofswahlen:

gen der Pfarrerwahl (soweit nicht der Patron einer Eigenkirche den Pfarrer ernannte) und setzt sich über die Bischofswahlen bis zur Papstwahl fort, die seit etwa 1100 in die Hände des neu gebildeten Kardinalskollegiums gelangte⁷².

Vor allem ist auch das Mehrheitsprinzip⁷³ eine Errungenschaft des kanonischen Rechts. Es findet sich zuerst im Codex Kaiser Justinians⁷⁴, dann aber auch in den Wahlvorschriften vornehmlich des Liber Extra⁷⁵, auch ist es in die Regel 29 des Liber Sextus eingegangen⁷⁶. Bereits im hohen Mittelalter (und zwar schon vor der Goldenen Bulle von 1356) ist es in das weltliche Recht eingedrungen und hat sich nicht nur in den Verfassungen der deutschen Städte⁷⁷, sondern auch im Staatswesen zunehmend durchgesetzt. Inzwischen ist es Allgemeingut geworden und behauptet sich bis heute als grundlegendes Element der Demokratie.

III. Strafrecht

Neben dem Staatsrecht hat sich auch das Strafrecht seit dem Mittelalter erheblich gewandelt. Die vielen Arten von Todesstrafen, die Leibesstrafen und viele andere Dinge sind abgeschafft und vergessen⁷⁸. Die Resozialisierung des Täters steht heute im Vordergrund. Und doch gibt es einige Errungenschaften, die sich bis in unsere Zeit behauptet haben.

In der Frühzeit war bei vielen Delikten – etwa bei Totschlag, Mordbrand, Diebstahl – die zivilrechtliche Rechtsfolge, nämlich Schadensersatz, von der strafrechtlichen Folge, nämlich Rache am Täter, nicht deutlich geschieden. Es oblag vielmehr dem Sohn oder dem nächsten Erben des Getöteten zu entscheiden, ob er sich rächte oder stattdessen Buße verlangte. In Island gab es geradezu ein Racheethos⁷⁹: Es galt als unehrenhaft, sich

ebenda S. 336 ff.; für die Papstwahl Bd. I, § 88, S. 396 ff., vgl. das Papstwahldekret *Nikolaus' II.* von 1059 in: MGH, Legum Sectio IV: Constitutiones et acta publica, ed. *Ludwig Weiland*, Bd. I, S. 539 ff., auch bei *Mirbt/Aland*, Quellen Bd. I, Nr. 540, S. 278 – 280.

72 Hier war seit 1179 Zweidrittelmehrheit erforderlich, vgl. dazu *Hans Erich Feine*, Kirchliche Rechtsgeschichte, S. 314 ff., 465 ff., 521 ff.; *C. G. Fürst*, Art. Kardinäle, in: HRG Bd. II (1974), Sp. 634 – 638; *Klaus Schlaich*, Papstwahl, JuS 2001, S. 319 ff. (S. 323f); *Ralf Dreier*, Kanonistik, JZ 2002, S. 4.

73 Vgl. *Otto von Gierke*, Deutsches Genossenschaftsrecht, Bd. 3, S. 322 – 330; *Johannes B. Sägmiüller*, Bd. I, § 73, S. 339 m. Quellen; *Ferdinand Elsener*, Majoritätsprinzip, in: ZRG, KA, 42, 1956, S. 73 – 116; *Peter Landau*, Rechtskultur, S. 50f; über die Verbindung des Mehrheitsprinzips mit der jur. Person vgl. *Hasso Hofmann*, Repräsentation, 3. Aufl. S. 219 ff., 225 ff.; *Ralf Dreier*, Kanonistik, in: JZ 2002, S. 4.

74 Mehrheitsprinzip im Codex 5. 59. 5. 2; vgl. *Alexander Glomb*, 2008, *sentential plurimorum*.

75 Vgl. Liber Extra, Liber I, Titel VI: *De electione*, für das Mehrheitsprinzip vor allem c. 42; 48; 50; 55; und c. 23 in VI°. I. 6; vgl. *Hans Liermann*, Rechtsdenken, in: Zs. f. ev. Kirchenrecht 1957/58, S. 37 – 51; *Klaus Ganzer*, Mehrheitsprinzip, S. 60 – 87; *Peter Landau*, Einfluss (1996), S. 49 ff.; *Hans-Jürgen Becker*, Art. Mehrheitsprinzip, in: HRG III (1979), Sp. 431 – 438; *Hans-Jürgen Becker*, Spuren S. 161, m. weit. Nachweisen Fn. 7; *Lothar Roos*, Mehrheitsregel, S. 20 ff., der auf c. 6 des Konzils von Nicäa hinweist (*Gratian* c. 1 D. 65, *Friedberg* Bd I, Sp. 249f).

76 Liber Sextus 5. 12. Regula 29: „*Quod omnes tangit debet ab omni approbari*“; vgl. *Peter Landau*, Rechtsprinzipien, S. 42 mit weiteren Nachweisen in Fn. 86.

77 Vgl. *Wilhelm Ebel*, Bürgereid, S. 43 ff.

78 Leider gehört zu den überwundenen Werkzeugen der Strafrechtspflege nicht die Folter, wenn man Zeitungsbereichten vom Mai 2003 über Verhörspraktiken in irakischen Gefängnissen glauben darf.

79 Ein weiterer Grundsatz war: „*Ein Knecht rächt sich sofort, ein Feiger niemals*“, vgl. dazu die Beispiele aus den Sagas bei *Andreas Heusler*, Strafrecht, § 31 (S. 50f) und § 35 (S. 55f) und „*Ich mag meinen Bruder (Sohn) nicht im Beutel tragen*“; Nachweise bei *Andreas Heusler*, Strafrecht, § 124, S. 195, der die Grettla

zu vergleichen, statt Rache zu nehmen: „Ich mag meinen Bruder nicht im Beutel tragen“ lautete der Grundsatz. Lag es aber lediglich in der Hand der verletzten Sippe, was sie als Sühne für die Tat beanspruchte, so war es vor allem der ihr entstandene Schaden, den sie ersetzt verlangte, und zwar ohne darauf Rücksicht zu nehmen, ob der Täter vorsätzlich oder fahrlässig gehandelt hatte oder ob gar nur Zufall vorlag. Es kam also im Wesentlichen nur auf den Erfolg der Tat an, nicht auf die innere Tatseite, das Verschulden. Eine staatliche Strafgewalt existierte in der Frühzeit nicht und wo sie sich – wie in der Merowingerzeit – allmählich ausbildete, folgte das strafrechtliche Denken dem Racheethos⁸⁰.

Das änderte sich erst im 12. Jahrhundert, als sich das christliche Denken allenthalben durchgesetzt hatte. Die Kanonisten verknüpften den Verbrechensbegriff mit dem Sündenbegriff. Um dem Täter eine Missetat zurechnen zu können, musste ihm auch die innere Tatseite, seine Schuld, nachgewiesen werden. Schuld aber definierten sie als *contemptus*, also als Missachtung gebotener Werte und als Entscheidung gegen das göttliche Gebot, mit einem Wort: als Vorwerfbarkeit⁸¹. Die Elemente des Willensbegriffs waren seit Gratian⁸² Freiheit und Vorsatz. Kennzeichnend für den Willen war die Verbindung von Bewusstsein (*ex certa scientia*⁸³) und Wollen (*ex studio, ex proposito*)⁸⁴. Hierauf beruht deshalb auch die Unterscheidung von Vorsatz (*voluntas*) auf der einen und von Zufall und Fahrlässigkeit (*casus*) auf der anderen Seite, die aus dem frühen kanonischen Recht in das germanische Recht eindrang⁸⁵.

Die Kanonisten zogen für die Zurechnung von Missetaten eine Grenze beim *casus fortuitus* und entwickelten dazu die Theorie vom *versari in re illicita*, d. h. der Täter haftete auch für die zufälligen Folgen seines unerlaubten Tuns. Beging jemand eine unerlaubte Handlung und bewirkte er dadurch zugleich einen unvorhergesehenen weiteren Schaden, so musste er dafür einstehen⁸⁶. Dagegen wurde dem Handelnden nicht zugerechnet, was er *propter bonum et licitum* tat, wenn daraus ohne seinen Willen Unheil entstand⁸⁷. Die Frage nach der Täterhaftung für fahrlässig herbeigeführten Zufall⁸⁸ stellte sich nur beim *opus licitum*, weil er beim *opus illicitum* ohnehin für alle Folgen haften mußte. Die Kanonisten unterschieden deshalb beim *opus licitum* den Zufall, der *praeter culpam vel negligentiam* eintrat

90, 26 und 95, 1 sowie *Thorsteins saga* 16,4 zitiert. Zum Racheethos gehört auch die Stelle in Gul. c. 186, wonach der Bußanspruch nur drei Mal gewährt wird, wenn der Betroffene sich nicht dazwischen rächt.

80 Vgl. Jürgen Weitzel, Strafverfahren, in: ZRG, GA, 111, 1994; S. 66 – 147; Wolfgang Schild, Art. Strafe, Strafrecht, in: LexMA Bd. VIII (1997), Sp. 198 – 201.

81 Vgl. dazu ausführlich: Stefan Kuttner, Schuldlehre, § 3, S. 22 ff., 28 ff.

82 Decretum Gratiani pr. § 1, C. 15, q. 1: *ex voluntate „... procedunt, quae libero mentis arbitrio et delinquendi proposito comittentur“*, vgl. c. 6, C. 15, q. 1; Stefan Kuttner, Schuldlehre S. 47.

83 Liber Extra c. 5. X. 5. 20; Stefan Kuttner, Schuldlehre, S. 75.

84 Gratian, pr. C. 15, q. 1; vgl. Stefan Kuttner, Schuldlehre, S. 75f, 81f.

85 Vgl. Brunner/v. Schwerin, Rechtsgeschichte, Bd. II, § 126, S. 714 ff.; Heinrich Brunner, absichtslose Missetat, S. 487 – 523; Stefan Kuttner, Schuldlehre, S. 185 ff.

86 Gratian c. 39. D. 50; vgl. Stefan Kuttner, Schuldlehre, S. 201f.

87 Gratian c. 8, C. 23, q.5, vgl. c. 50, D. 50, wo Holzfäller nicht als Mörder haften, wenn der gefällte Baum einen Vorübergehenden erschlägt; weitere Beisp. bei Stefan Kuttner, Schuldlehre, S. 206f.

88 Vgl. Stefan Kuttner, Schuldlehre, S. 185 ff.; 200 ff.

vom Zufall, der *cum culpa vel negligentia* hervorgerufen wurde, nur dafür wurde gehaftet⁸⁹. In dieser Form ist die kanonistische Schuldlehre in das moderne Strafrecht eingegangen. Hierhin gehören auch die Tatbestände der Gefährdungshaftung, wo der Täter zwar eine erlaubte Handlung vorgenommen hat, gleichwohl aber daraus einem anderen ein Schaden erwächst⁹⁰.

1952 hat sich der BGH der Schuldtheorie angeschlossen und den Unterschied zwischen vermeidbarem und unvermeidbarem Verbotsirrtum entwickelt⁹¹. Seine Rechtsprechung ist mittlerweile Gesetz geworden. In § 17 StGB heißt es: „Fehlt dem Täter bei Begehung der Tat die Einsicht, Unrecht zu tun, so handelt er ohne Schuld, wenn er diesen Irrtum nicht vermeiden konnte“. Er kann dann nicht bestraft werden. Was so modern wirkt, ist allerdings bereits 1169 in der Summa Coloniensis, einem Lehrbuch zu Gratians Dekret ausgesprochen, wo es heißt: „*Sicut quedam ignorantia est vincibilis, et quedam invincibilis, sic furor aliquando est evitabilis, aliquando inevitabilis*“⁹².

Die Lehre von der Notwehr gegen unrechtmäßige Gewalt, die den Täter nicht haften läßt, haben die Kanonisten aus den Digesten übernommen und weitergebildet; sie ist ebenfalls gemeineuropäisches Recht geworden⁹³.

IV. Prozessrecht

Jeweils im zweiten Buch des Liber Extra von 1234 und des Liber Sextus (1298) des Corpus iuris canonici ist das kirchliche Prozessrecht kodifiziert. Es wurde nicht nur im kirchlichen Bereich und von kirchlichen Gerichten praktiziert, sondern wirkte auch auf den weltlichen Bereich ein. Selbst nach der Reformation behielt es noch teilweise seine Gültigkeit in fast allen europäischen Ländern⁹⁴.

Zur Regierungsgewalt eines Bischofs gehört auch die *iurisdictio*, die er (oder ein Archidiacon) in den Pfarreien jährlich im Sendgericht (von *synodus*) mit Unterstützung der Sendgeschworenen ausübte, die nicht nur die zu entscheidenden Fälle ihm anzuzeigen, sondern auch bei der Urteilsfindung mitzuwirken hatten. Die bisherige Darstellung hat ergeben, dass das kanonische Recht ein scharf begrifflich ausgerichtetes und dazu noch dauernd durch päpstliche Dekretalen und Konzilsbeschlüsse veränderliches Rechtssystem war. Es konnte nur von Berufsrichtern angemessen gehandhabt werden. Um 1200 übertrugen die Bischöfe deshalb ihre gerichtlichen Befugnisse auf studierte Juristen und Einzelrichter, die Offiziale, also rechtsgelehrte Richter⁹⁵.

89 Vgl. Stefan Kuttner, Schuldlehre, S. 215 ff.

90 Beispiele. Tierhaltung, Fallenstellen, Feuerverwahrlosung, Errichten eines Zaunes, vgl. Brunner/v. Schwerin Bd. II, S. 721f; Ekekehard Kaufmann, Erfolgshaftung, S. 82 – 108.

91 Vgl. BGHSt 2, 194 (201).

92 Vgl. die Summa „*Elegantius in iure divino seu Coloniensis*“, Pars VIII, c. 81, ed. Gerard Fransen/Stephan Kuttner, Bd. III (Monumenta Iuris Canonici, Ser. A, vol. 1), Città del Vaticano 1986, S. 88; zur Summa Coloniensis vgl. Stephan Kuttner, Repertorium der Kanonistik (1140 – 1234) (Studi e Testi, 71), Città del Vaticano 1937, S. 170 ff.

93 Digesten 9. 2. 45. 4 (Paulus); 43. 16. 1. 27 (Cassius); vgl. c. 3. X. 5. 39; c. 18. X. 5. 12; c. 12 X. 2. 13; Stefan Kuttner, Schuldlehre, S. 336 ff; Andreas Wacke, Notwehr, in: ZRG, RA Bd. 106 (1989), S 469 – 501.

94 Vgl. Karl-Heinz Burmeister, Studium der Rechte, S. 89 ff.; Richard H. Helmholz (Hg.), Canon Law in Protestant Lands, 1992.

95 Vgl. Hans Erich Feine, S. 370f; Winfried Trusen, Gerichtsbarkeit, S. 467 – 479; Peter Landau, Rechtskultur,

Mit ihnen entwickelte sich der kanonische Prozess als Inquisitionsprozess⁹⁶, der nicht mit der Ketzerinquisition verwechselt werden darf. Er folgte erstmals der *Offizialmaxime*: Es galt also nicht der altdeutsche Grundsatz „wo kein Kläger, da kein Richter“, sondern das Verfahren wurde von Amts wegen betrieben, wenn ein hinreichender Verdacht vorlag. Bei diesem Prozess galt kein Parteibetrieb, die Parteien brauchten also den Prozessstoff nicht vorzutragen (wie im altdeutschen und im angelsächsischen Verfahren), sondern es galt der Instruktionsgrundsatz: Der Richter war gehalten, die materielle Wahrheit zu erforschen. Zudem war das Verfahren nicht mehr mündlich – wie bisher – sondern schriftlich mit Klageschrift, Erwiderung, Schriftsätzen der Parteien und schriftlich niedergelegten Beweisartikeln. Die Zeugenaussagen wurden protokolliert, vor allem aber der Beweis durch Urkunden zugelassen. Der Richter entschied nach Aktenlage ebenfalls schriftlich⁹⁷. Gegen seinen Spruch war nicht mehr Urteilsschelte und Konsultationsrechtszug, sondern nur noch die Appellation⁹⁸ zulässig. So wurde die Rechtsanwendung vereinheitlicht und es gab einen regelrechten Instanzenzug, der erst an der päpstlichen Kurie (bei der *Rota Romana*⁹⁹) endete. Den kirchlichen Inquisitionsprozess hat nach den Erkenntnissen von Winfried Trusen¹⁰⁰ Papst Innozenz III. gefördert, um kriminelle Kleriker besser belangen zu können. Der weltliche Inquisitionsprozess ahmte den kirchlichen später nach, und zwar auch noch nach der Reformation in protestantischen Ländern.

Auch für den Strafprozess entwickelten sich Verfahrensgrundsätze. Dazu gehörte, dass der Richter ohne Ansehen der Person richten sollte¹⁰¹ und dass er dem Angeklagten rechtliches Gehör¹⁰² gewähren mußte. Allerdings gab es und gibt es im kanonischen Strafrecht keine Unschuldsvermutung¹⁰³.

An dem relativ spät entstandenen summarischen Prozess des kanonischen Rechts¹⁰⁴ für Streitigkeiten im kirchlichen Amts-, Vermögens- und Eherecht wird das Ziel erkennbar,

S. 48f; *Karl Kroeschell*, Dt. RG, Bd. I, Kap. 12, S. 125; Bd. II, 8. Aufl. 1992, Kap. 2, S. 21 ff.; *Harold Berman*, *Revolution*, S. 407; *Ralf Dreier*, *Kanonistik*, in: *JZ* 2002, S. 3.

96 Vgl. *Winfried Trusen*, *Inquisitionsprozess* in: *ZRG, KA* Bd. 74, 1988; S. 168 – 230; *Dietrich Oehler*, *Inquisitionsprozess*, S. 847 – 861; vgl. *Hans-Jürgen Becker*, *Spuren* S. 161.

97 Vgl. *Sten Gagnèr*, *Gesetzgebung*, S. 288 ff.; *Ralf Dreier*, *Kanonistik*, in: *JZ* 2002, S. 3.

98 Vgl. *Wiesław Litewski*, *Appeal*, S. 1452 – 1521; *Joseph R. Strayer*, *Grundlagen*, S. 28; 43; 48; 60; *Antonio Padoa-Schioppa*, *ruolo del diritto canonico* S. 71f.

99 Die *Rota Romana* ist bereits seit dem 13. Jh. bekannt und damit der älteste europäische Gerichtshof, vgl. *Charles Lefebvre*, *Art. ‚Rote Romaine‘*, in: *Dictionnaire de Droit Canonique*, Bd. 7, 1965, Col. 742 – 771; *Peter Landau*, *Rechtskultur*, S. 49.

100 Vgl. *Winfried Trusen*, *Rezeption*, S. 29 – 118; *derselbe*, *Inquisitionsprozess*, in: *ZRG, KA*, Bd. 74, 1988; S. 168 – 230; *Dietrich Oehler*, *Inquisitionsprozess*, S. 847 – 861; *Peter Landau*, *Rechtskultur*, S. 54f.

101 Vgl. VI^o 5. 12, *Regula 12*: „*in iudiciis non est acceptio personarum habenda*“, angeknüpft an *Kolosser 3:25*: „*Qui enim iniuriam facit, recipiet id, quod inique gessit, et non est personarum acceptio*“; vgl. *Knut Wolfgang Nörr*, *Person*, S. 23 – 42; *Peter Landau*, *Rechtsprinzipien*, S. 41f.

102 Zum rechtlichen Gehör vgl. *Liber Extra* 2. 12. 1 und *Clementinae* 5. 12. 2, sowie: *Hinrich Riping*, *rechtliches Gehör*, S. 12 ff.; *M. Uhlborn* *Art. Rechtliches Gehör*, in: *HRG IV* (1985), Sp. 253 – 258; *Andreas Wacke*, *Audiatur*, in: *HRG*, Bd. I, 2. Aufl. 2004, Sp. 327 – 331.

103 Zur fehlenden Unschuldsvermutung, vgl. *Wilhelm Rees*, *Strafgewalt*, S. 71 mit Fn. 167; die Beweislast für das Fehlen des Vorsatzes trägt der Angeklagte, vgl. *Wilhelm Rees*, ebenda S. 178f, der auf can. 2200, § 2 des *Codex Iuris Canonici* von 1917 verweist.

104 Papst *Clemens V.* hat in der *constitutio ‚saepe‘* von 1312 – 1314 (*Clementinae*, 5. 11. 2, *Friedberg II*,

die kirchlichen Verfahren zu beschleunigen. Ihm fehlt deshalb die *litis contestatio*, die Klage kann mündlich erhoben werden, Fristen und Termine sind verkürzt und die Beweise werden vereinfacht erhoben. Diese Prinzipien haben noch bei der Zivilprozessreform unserer Tage Pate gestanden. Auch hat die Kanonistik das Armenrecht eingeführt, wobei Gesetzgebung, Rechtsprechung und Wissenschaft zusammengewirkt haben¹⁰⁵. Mit der Exkommunikation hatte die Kirche im Übrigen ein europaweit wirksames Vollstreckungsmittel zur Hand¹⁰⁶.

E. PRIVATRECHT

I. Vertragsethik und allgemeine Rechtsregeln

Das römische Recht unterschied seit Justinian Klagen strengen Rechts (*iudicia stricti iuris*) und freiere Klagen, die nach Billigkeit zu beurteilen waren (*bonae fidei iudicia*). Zu den ersten gehörte die *stipulatio* und das *legatum per damnationem*, die sich auf formgebundene Geschäfte stützten, zur zweiten Gruppe Klagen aus Beziehungen römischer Bürger untereinander oder im Rechtsverkehr mit Peregrinen, weil die *fides*, die Pflicht zum Worthalten, für alle Menschen galt. Zu den *bonae fidei iudicia* gehörten in der späten Republik Kauf, Miete, Gesellschaft, Auftrag, Geschäftsführung ohne Auftrag und Verwahrung¹⁰⁷. Im Mittelalter war es die Idee der *aequitas canonica*, die es ermöglichte, die *bonae fidei iudicia* auszuweiten und damit den früheren Formalismus zu überwinden¹⁰⁸. Kennzeichnend dafür ist Regel 75 des Liber Sextus¹⁰⁹, „*frustra sibi fidem quis postulat ab eo servari, cui fidem a se praestitam servare recusat*“, die demjenigen die Berufung auf Treu und Glauben verwehrt, der sich selbst nicht daran hält.

Während das kanonische Zinsverbot¹¹⁰ zwar aus der Bibel hergeleitet und im Mittelalter dauernd wiederholt wurde, jedoch im Laufe der Zeit überwunden werden konnte¹¹¹, weil es die wirtschaftliche Entwicklung behinderte, hat die Gerechtigkeitsidee des kanonischen Rechts segensreich gewirkt. Nicht nur in den Digesten (D. 46. 1. 70 § 5 und D. 18. 1. 35,

Sp. 1200) ein Eilverfahren entwickelt, das „*simpliciter et de plano ac sine strepitu iudicii et figura*“ entscheiden sollte; vgl. dazu Peter Landau, Rechtsprinzipien, S. 44 mit Lit. in Fn. 97; vgl. Ralf Dreier, Kanonistik, in: JZ 2002, S. 3.

105 Vgl. Peter Landau, Rechtskultur, S. 41, mit weit. Lit. in Fn. 7.

106 Vgl. Winfried Trusen, Anfänge, S. 58 ff.; Ferdinand Elsener, Exkommunikation, S. 152 ff.; Ralf Dreier, Kanonistik, in: JZ 2002, S. 3.

107 Vgl. Cicero, de officiis 3, 70; Kaser/Knütel/Lohsse, Römisches Privatrecht²¹, § 36, Rn. 13, 14, S. 222f

108 Eugen Wohlhaupter, Aequitas canonica, Paderborn 1931; Ferdinand Elsener, Billigkeit, S. 168 – 190; Carl Joseph Hering, Aequitas, S. 68 – 83; Hans-Jürgen Becker, Spuren S. 165.

109 In VI° 5. 12, regl. 75 (Thomas Murner in seiner Institutionenübersetzung 1519 übersetzt: „Der sol niemands siner truw ermanen, denen er selb weder trüwe noch glouben halt“); sie lautet auch „*Fidem frangenti fides frangitur*“, vgl. Friedrich Merzbacher, ZRG, KA, Bd. 99 (1983), S. 339 – 362; Adalbert Erler, Art. Treu und Glauben, in: HRG, Bd. V (1992), Sp. 317 ff.; Vgl. Hans-Wolfgang Strätz, Treu und Glauben I., 1974.

110 Zinsverbot schon in der Bibel in Psalm 14:5; Ezechiel 18: 7 ff.; Luk. 6:34f), von den Kanonisten vielfältig übernommen (z. B. Liber Extra 5. 19. 3 und Liber Sextus 5. 5. 1), vgl. Hans-Jürgen Becker, Art. Zinsverbot in HRG, Bd. V, Sp. 1719 – 1722.

111 Vgl. Winfried Trusen, Jurisprudenz, 1961; Hans-Wolfgang Strätz, Art. Wucher, in: HRG, Bd. V, 1998, Sp. 1538 ff.; Peter Landau, Art. Zins, in HRG, Bd. V, 1998, Sp. 1707 ff. und Hans-Jürgen Becker Art. Zinsverbot in HRG, Bd. V, Sp. 1719 – 1722.

§ 2) galt der Grundsatz *ex maleficio non oritur contractus*¹¹², sondern auch im Kirchenrecht findet sich die Rechtsfolge des Sittenverstößes gleich zwei Mal in den *Regulae iuris*¹¹³ Bonifaz' VIII: R. 69: *in malis promissis fidem non expedit observari*¹¹⁴ und R. 58: *Non est obligatorium contra bonos mores praestitum iuramentum*¹¹⁵. Es ist derselbe Grundsatz, der heute in § 138 BGB so formuliert ist: „Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig“. Peter Landau weist zu Recht darauf hin, dass neben § 138 und 812 die Vorschrift des § 817, 1 BGB (*condictio ob turpem causam*) überflüssig ist, was aber die Redaktoren des BGB nicht erkannten, weil ihnen die kanonischen Rechtsgrundsätze nicht gegenwärtig waren. Rechtsethische Grundsätze der Kanonistik kommen auch in § 242 BGB (dem Gebot von Treu und Glauben) und in § 826 BGB (dem Verbot vorsätzlich sittenwidriger Schädigung) zum Ausdruck.

Von der kanonistischen Rechtsregel Nr. 37 *Utile non debet per inutile vitiari*¹¹⁶ hat der Gesetzgeber in § 139 BGB keinen Gebrauch gemacht, sondern das Gegenteil angeordnet: „Ist ein Teil eines Rechtsgeschäfts nichtig, so ist das ganze Rechtsgeschäft nichtig, wenn nicht anzunehmen ist, dass es auch ohne den nichtigen Teil vorgenommen sein würde“. Der BGH und andere obere Gerichte, halten sich in ihrer Rechtsprechung aber nicht mehr unbedingt an den Wortlaut des § 139 gebunden. Vielmehr greifen sie die kanonistische Regel Nr. 37 wieder auf und erklären den gesunden Teil des Rechtsgeschäfts für wirksam¹¹⁷.

II. Personenrecht

Das Recht der juristischen Personen ist erheblich durch das kanonische Recht beeinflusst worden. Was wir heute in den §§ 21 ff., 55 ff. BGB über den rechtsfähigen Verein und in §§ 80 ff. BGB über die Stiftung des Privatrechts als juristische Personen finden, haben die mittelalterlichen Dekretisten erarbeitet¹¹⁸. Otto von Gierke hat ihre Gedanken den Verfassern des BGB durch sein Genossenschaftsrecht nahegebracht¹¹⁹. Kanonistische Lösungen finden sich vor allem in der Regelung der juristischen Personen des BGB. Ein Beispiel ist

112 In VI° 5. 12. 69: „Aus einer Missetat geht kein Vertrag hervor“, vgl. *Detlev Liebs*, Rechtsregeln, E 56.

113 *Bonifaz' VIII.* hat sie nach dem Vorbild der 211 *regulae iuris* der Digesten (D. 50. 17. 1. ff.) dem liber sextus angefügt (in VI° 5. 12. c. 6); vgl. *Peter Landau*, Rechtsprinzipien S. 24 ff., 37 ff.

114 „Bei üblen Versprechen frommt es nicht, Wort zu halten“: Rechts- oder sittenwidrige Zusagen sind nicht zu halten, vgl. *Detlev Liebs*, Rechtsregeln, J 88.

115 Liber Sextus 5. 12. 58: „Ein eidliches Versprechen, das den guten Sitten zuwider geleistet wurde, ist nicht verbindlich, vgl. *Detlev Liebs*, Rechtsregeln, N 111; *Peter Landau*, Rechtsprinzipien S. 39.

116 Liber Sextus 5. 12. 37: „Das Gültige darf durch das Ungültige nicht verdorben werden“, vgl. *Detlev Liebs*, Rechtsregeln, U 34, 35.

117 Vgl. *Peter Landau*, Rechtsprinzipien, S. 23 – 47, hier: S. 40f; Zur Dogmengeschichte des § 139 BGB vgl. *Hans-Hermann Seiler*, FS *Max Kaser*, S. 127 – 147; ferner: *Palandt/Ellenberger*, Kommentar zum BGB, 76. Auflage 2017, § 139, Rn. 1; 14, 17f; für Gesetze gilt § 139 ohnehin nicht, vgl. BVerfGE 8, 301.

118 Vgl. *Pierre Gillet*, *personalité juridique*, 1927; *Hans-Jürgen Becker*, *Spuren* S. 163.

119 Vgl. *Otto von Gierke*, *Genossenschaftsrecht*, Bd. III, § 8, S. 238 ff. Das deutsche Genossenschaftswesen hat sich allerdings nicht – wie v. *Otto von Gierke* meint – unabhängig von und im Gegensatz zur Kanonistik entwickelt, vgl. *Peter Landau*, *Otto von Gierke*, S. 77 – 94.

die Vorschrift des § 87 BGB (Zweckänderung oder Aufhebung der Stiftung), die das gemeine Kirchenrecht fortführt¹²⁰.

III. Direkte Stellvertretung

Im römischen Recht galt der Satz der Digesten „*Alteri stipulari nemo potest*“¹²¹, der die unmittelbare Stellvertretung untersagte. Dem folgten die Kanonisten aber ausnahmsweise nicht: In der *regula iuris* Nr. 68 heißt es: *Potest quis per alium, quod potest facere per se ipsum*¹²² und die *regula* Nr. 72 fügt hinzu: *Qui facit per alium, est perinde ac si faciat per se ipsum*¹²³. Praktisch wurde diese Ausnahme zum römischen Recht bei der Eheschließung durch Stellvertretung¹²⁴, die erst das ALR¹²⁵ abgeschafft hat. Stellvertretung galt aber nicht bei der Ausübung von Ämtern und von Gerichtsbarkeit¹²⁶. Auch die Regeln über den *falsus procurator* in §§ 177 ff., 184f BGB beruht auf den Regeln 9 und 10 des Liber Sextus¹²⁷: Sein an sich für den Vertretenen unverbindliches Handeln wird durch Genehmigung rechtswirksam. Regel 84 verbietet auch das Umgehungsgeschäft und gibt dafür eine allgemeine Regel, die Grundlage einer jahrhundertelangen Diskussion¹²⁸.

IV. Vertragsrecht

Während das römische Recht entweder eine rituelle Wortform (eine *stipulatio*, eine *dotis dictio* oder eine *operarum promissio*), einen Literalkontrakt oder allenfalls einen Konsensualkontrakt (bei Kauf, Miete, Gesellschaft und Auftrag) verlangte, um eine Verpflichtung zu erzeugen¹²⁹, war das kanonische Recht großzügiger. Es sah auch formlose Verträge als

120 Vgl. Axel Frbr. v. Campenhausen, Stiftungswesen, in: Zeitschrift f. ev. Kirchenrecht Bd. 13, 1967/68, S. 115 – 138, hier: S. 130; Hans-Jürgen Becker, Spuren, S. 164; Reinhard Zimmermann, „Cy-près, S. 412 ff.

121 D. 45. 1. 38. § 17: „Für einen anderen kann man sich nichts versprechen lassen“, vgl. Detlev Liebs, Rechtsregeln, A 81; anderer Ansicht war Ulpian in: Inst. 3. 19, § 4; § 19.

122 Liber Sextus 5. 12. reg. 68 (Friedberg II, Sp. 1124): „Was jemand selbst tun kann, kann er auch durch andere tun“.

123 Liber Sextus, 5. 12. reg. 72: „Wer etwas durch andere tut, steht genauso da, als handele er selbst“; vgl. Peter Landau, Rechtsprinzipien, S. 40f.

124 Vgl. dazu: Anton Kradevohl, Stellvertretung, 1939, S. 72 – 83; gesetzlich regelte Bonifaz VIII. die Eheschließung durch Stellvertretung in VI^o. 1. 19. 19; vgl. auch Ulrich Müller, direkte Stellvertretung, 1969; Hans-Jürgen Becker, Spuren, S. 165.

125 Vgl. ALR § 167 II. 1: keine Stellvertretung bei der Eheschließung.

126 Peter Landau, Rechtsprinzipien, S. 40 mit Fn. 76, wo er auf Johannes Andreae, Glossa ordinaria ad VI^o. 5. 12. Reg. 68 hinweist: „*Haec regula fallit in eo cui committitur certum ministerium*“.

127 Liber Sextus 5. 12, reg. 9 (Friedberg II, Sp. 1122) sagt: *Ratum quis habere non potest quod ipsius nomine non est gestum* (Niemand kann genehmigen, was nicht in eigenem Namen getätigt worden ist, vgl. Detlev Liebs, Rechtsregeln, R. 8); allerdings ergänzt die nächste Regel in VI^o 5. 12. reg. 10: *Ratihabitionem retrorabi, et mandato non est dubium comparari* (Eine Genehmigung wird ohne Zweifel zurückbezogen und einem Auftrag gleichgestellt, vgl. Detlev Liebs, Rechtsregeln, R. 3, der auf Codex Justinians 4. 28. 7, pr a. E. verweist).

128 Regel 84 (Friedberg II, Sp. 1124) lautet: „*Cum quid una via prohibetur alicui, ad id alia non debet admitti*“, vgl. Helmut Coing, Simulatio, S. 402 – 419; Peter Landau, Rechtsprinzipien, S. 41.

129 Vgl. Kaser/Knütel/Lohsse, Römisches Privatrecht²¹, § 38, II, Rn. 6 ff., S. 236 ff.

verbindlich an, wenn sie durch Eid bekräftigt waren. Daraus entwickelte sich der Grundsatz, dass auch *pacta nuda* klagbar seien¹³⁰.

Wichtig ist auch der Einfluss des kanonischen Rechtes auf das Prinzip des Schadensersatzes als Wiederherstellung des vorherigen Zustandes, die sogenannte Naturalrestitution. Während im Formularprozess des römischen Rechts der Grundsatz der *condemnatio pecuniaria*, also des Schadensersatzes in Geld galt, der den Schuldner vor der Personalexekution bewahren wollte¹³¹, stützten sich die Kirchenväter auf den Satz "*non remittetur peccatum, nisi restituatur ablatum*"¹³², also auf die Naturalrestitution. Sie gelangte in den Liber Extra¹³³ und in den Liber Sextus¹³⁴ und über die naturrechtlichen Kodifikationen auch in § 249, 1 BGB¹³⁵, wo sie hilft, bei Verletzung der Ehre und des Persönlichkeitsrechts einen Anspruch auf Widerruf zu begründen.

Nur kurz hingewiesen sei auf die Wiederkehr des Inkassomandats (der Einziehungsermächtigung), auf die Günter Jahr hingewiesen hat¹³⁶ und auf die dreifache Abstufung der Fahrlässigkeit, also der Wiederbelebung der culpa levissima im Arbeitsrecht¹³⁷, für die ein Arbeitnehmer nicht haftet.

V. Sachenrecht

Das Sachenrecht, wie es sich heute im BGB findet, gilt allgemein als Erbe germanischen Rechtsdenkens. Gleichwohl war auch hier kanonistischer Einfluss wirksam. So ist die Grundlage des Besitzschutzanspruchs in § 861 BGB gegen verbotene Eigenmacht (§ 858 BGB) im Decretum Gratiani zu finden¹³⁸: Abgesetzte und strafrechtlich verfolgte Bischöfe genossen Schutz¹³⁹ hinsichtlich ihres Grundbesitzes. Hieraus entwickelte sich die *actio spoliū*, die Spolienklage, die dem früheren Besitzer einen Herausgabeanspruch gegen jeden bösgläubigen Besitzer gab und später auch auf bewegliche Sachen erstreckt wurde.

130 Vgl. Okko Behrends, Treu und Glauben, S. 255 – 303; Hans-Jürgen Becker, Spuren, S. 165; Peter Landau, pacta, S. 458 ff., der S. 472 f die Linie bis Matthias Wesenbeck und weiter auszieht; Matthias Wesenbeck gewährte die Klagbarkeit aller *pacta*, indem er sich auf die *aequitas iuris gentium* berief.

131 Vgl. Kaser/Knützel/Lohsse, Römisches Privatrecht²¹, § 35, Rn. 5, S. 212f.

132 „Die Sünde wird nicht erlassen, wenn nicht das Entzogene erstattet wird“, ein Wort des Augustinus, das sich im Decretum Gratiani C. 14. Qu. 6. c. 1 findet; vgl. Udo Wolter, Naturalrestitution 1985, S. 23; Hans-Jürgen Becker, Spuren S. 166; Peter Landau, Rechtsprinzipien, S. 38f.

133 Liber Extra 2. 13. 3 u. 5, ferner 2. 19. 5.

134 Liber Sextus 5. 12. regl. 4: „Peccatum non dimittitur, nisi restituatur ablatum“.

135 Zur Problematik der Naturalrestitution vgl. Hans-Jürgen Becker, Spuren, S. 166; Udo Wolter, S. 82; Peter Landau, Rechtsprinzipien S. 38f.

136 Vgl. Jahr, AcP 168, 1968, S. 9ff; Theo Mayer-Maly, Wiederkehr, in: JZ 1971, S. 2.

137 Die Fahrlässigkeitsgrade sind danach *culpa lata*, *culpa levis* und *culpa levissima*, vgl. Hans-Joachim Hofmann, Abstufung, 1968; Theo Mayer-Maly, in: AcP Bd. 163, 1964, S. 114 ff.; derselbe, Wiederkehr, in: JZ 1971, S. 2f; Gamillscheg/Hanau, Haftung, S. 58f.

138 Gemeint ist der canon *Redintegranda*, in: Decretum Gratiani C. 3, Qu. 1, c. 3 (aus Pseudo-Isidor genommen); vgl. auch Liber Extra, 2. 13. 18 (can. *Saepe contingit*).

139 Zum Besitzschutz vgl. Wesenberg/Wesener, Privatrechtsgeschichte, § 3, III, S. 18f und § 5, II, 1, S. 42f; Udo Wolter, Ius canonicum, S. 12; Hans-Jürgen Becker, Spuren, S. 166.

Auch der Rechtsbesitz, der sich heute nur in Grunddienstbarkeiten und beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten findet¹⁴⁰ (§§ 900, II, 1029, 1090 BGB), geht auf das kanonische Recht zurück¹⁴¹. Dagegen taucht das *ius ad rem*¹⁴² im BGB nicht mehr auf. Sein Gesetzgeber hatte nämlich gemeint, die im germanischen Recht wurzelnden Anwartschaftsrechte¹⁴³ als nicht mehr zeitgemäß aufgeben zu können. Gleichwohl hat das *ius ad rem* Dogmengeschichte geschrieben, weil darin die Grundgedanken des Anwartschaftsrechtes zu finden sind, das aus dem heutigen Recht des Eigentumsvorbehalts (§§ 449, 161, I BGB) nicht mehr wegzudenken ist.

Während im klassischen römischen Recht die Ersitzung (*usucapio*) nur an Sachen möglich war, die im quiritischen Eigentum stehen konnten, und zudem der Erwerber bei Besitzerwerb *bona fides* haben mußte¹⁴⁴, trat für Provinzialgrundstücke die *longi temporis praescriptio* an die Stelle: Der Erwerber mußte einen *iustum titulum* haben und *bona fide* sein, um Eigentum zu erwerben. Dagegen weiteten die Kanonisten die Voraussetzung des Eigentumserwerbs durch Ersitzung aus. Ein nachfolgender böser Glaube erschien ihnen sündhaft¹⁴⁵, sie forderten deshalb *bona fides* während der ganzen Ersitzungszeit¹⁴⁶, wie heute noch das BGB in § 937, II.

Aus dem Pfandrecht stammt die Regula 54: „*Qui prior est tempore, potior est iure*¹⁴⁷, die im Deutschen Recht die Form „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ angenommen hat, auch dies ist also ein mittelalterlicher Rechtsgrundsatz, der heute noch die Zwangsvollstreckung beherrscht. Hinzuweisen ist auch auf einen Pfandrechtstyp, bei dem der Pfandgläubiger Treuhandeigentum erwarb; er lebt heute im Sicherungseigentum weiter¹⁴⁸.

V. Familienrecht

Das kanonische Ehe- und Familienrecht hat sich von allen kirchlichen Rechtsmaterien am längsten gehalten. Es ist hier nicht der Ort, das Recht der Eheschließung, der Egehindernisse, der Ehescheidung und das Recht der ehelichen bzw. nichtehelichen Kinder nach kanonischer Auffassung darzulegen. Die meisten dieser Normen sind erst am Ende des 19. Jahrhunderts – im Streit mit der Kirche (Stichwort: Kulturkampf) – vom Staate geregelt worden. Aber trotz dieser Säkularisierung des Ehe- und Familienrechts sind doch

140 Vgl. Palandt/Bassenge, 76. Aufl. 2017, ÜbbI. vor § 854, Rn. 4.

141 Vgl. Gunter Wesener, Rechtsbesitz, S. 453 – 476, hier: S. 460 ff.

142 Zum *ius ad rem* vgl. Karl Groß, Pfründe, 1887; Peter Landau, *ius ad rem*, S. 81 – 102; Helmut Coing, Privatrecht, Bd. I, § 29, III, S. 175f; Sylvia Sella-Gensen, S. 13 ff; 188 ff; Hans-Jürgen Becker, Spuren S. 167.

143 Vgl. Ernst Heymann, *ius ad rem*, S. 1167 – 1185; Helmut Coing, Privatrecht, Bd. I, § 29, III, S. 175.

144 Gaius 2, 41 ff.; vgl. Kaser/Knütel/Lohsse, Römisches Privatrecht²¹, § 25, II, Rn. 7 ff., S. 152f.

145 So ausdrücklich das IV. Laterankonzil 1215, c. 41 ≈ Liber Extra 2. 26. 20.

146 Vgl. Udo Wolter, *Ius canonicum*, S. 12; Wesenberg/Wesener, § 3, III, S. 19;

147 Die regula 54 (Friedberg II, Sp. 1123) beruht auf Cod. 8. 17. 3: „Si fundum pignori accepisti, antequam rei publicae obligaretur, sicut prior est tempore, ita potior iure“; vgl. Andreas Wacke, prior tempore, in: JA 1981, S. 94 – 98; Peter Landau, Rechtsprinzipien, S. 41; zu Einflüssen des kanonischen Rechts auf Eike v. Repgon, vgl. Ruth Schmidt-Wiegand, Sprichwörter, S. 285f.

148 Vgl. Theo Mayer-Maly, Wiederkehr, in: JZ 1971, S. 2.

einige wichtige Regeln des kanonischen Rechts im geltenden Recht erhalten geblieben¹⁴⁹, weil sie sich bewährt hatten und in das allgemeine Rechtsbewußtsein eingegangen waren.

Zu nennen ist zunächst der Grundsatz, dass die Ehe durch das Ja-Wort der Partner, den *consensus*, geschlossen wird. Während das römische Recht die Eheschließung nicht als Rechtsgeschäft auffasste, sondern die Aufnahme der Lebensgemeinschaft genügen ließ, deshalb aber einen fortdauernden *consensus* während der ganzen Ehe forderte¹⁵⁰, ließ das kanonische Recht es genügen, wenn dieser *consensus* bei der Begründung der Ehe vorlag: *“Matrimonium autem solo consensu contrahitur“*¹⁵¹. Diese Übereinstimmung der Partner fordert das BGB in §§ 1310, I, 1 und 1353, I, 1 BGB auch heute noch. Da seit den Päpsten *Innozenz II.* und *Alexander III.* im 11. Jahrhundert die Ehe als Sakrament aufgefasst wurde, das sich die Ehegatten gegenseitig in Gegenwart eines Priesters als qualifiziertem Zeugen spendeten, stärkte das nicht nur den Konsensgedanken, sondern besserte auch die Stellung der Frau, die auf Feststellung der Ehe klagen¹⁵² konnte. Wobei man wissen muss, dass die häufigsten kirchlichen Eheprozesse in der Geschichte keine Scheidungssachen, sondern Ehefeststellungsklagen waren¹⁵³. Die Kanonistik erkannte auch die Ehe von Unfreien an¹⁵⁴, weil es vor Christus weder Freie noch Sklaven gebe und niemand die Sakramente der Kirche entbehren dürfe. Damit hat die Kirche einen wichtigen Beitrag zur Rechtssicherheit geleistet.

Im römischen Recht waren uneheliche Kinder (*spurii*) Personen *sui iuris*. Sie galten als mit ihrem natürlichen Vater nicht, und nur mit der Mutter als kognatisch verwandt; jedoch hatte die Mutter keine Familiengewalt über sie. Immerhin gab es seit der Kaiserzeit eine gegenseitige Unterhaltspflicht¹⁵⁵. Nur die aus einem Konkubinat entsprossenen Kinder (*liberi naturales*), konnten (etwa durch *matrimonium subsequens*) legitimiert werden (Cod. 5, 27, 5 ff.), auch hatten sie einen Unterhaltsanspruch (Cod. 5. 27. 7.1)¹⁵⁶. Diese Regeln hat das kanonische Recht im Grundsatz insofern übernommen, als unehelich Geborene nicht zum Priesteramt zugelassen waren¹⁵⁷. Die Kirche hat aber gegen den unehelichen Vater eine Alimentationspflicht für seine unehelichen Kinder durchgesetzt, indem sie sich auf *misericordia* und *aequitas canonica* berief¹⁵⁸. Auch hat sie dafür gesorgt, dass alle unehelichen Kinder (nicht nur die *filiu naturales*) durch nachfolgende Ehe legitimiert werden konnten¹⁵⁹.

149 Vgl. Dieter Schwab, Ehegesetzgebung, 1967, S. 15 ff.; Hans-Jürgen Becker, Spuren, S. 167f.

150 Vgl. D. 23. 2. 5 (*Pomponius*) und Kaser/Knütel/Lobsse, Röm. Privatrecht²¹, § 58, V, Rn. 32f, S. 351.

151 Liber Extra 4. 1. 14, vgl. Hans-Jürgen Becker, Spuren, S. 168.

152 Vgl. Peter Landau, Rechtskultur, S. 56 mit Nachweisen.

153 Vgl. Rudolf Weigand, Ehegerichtsbarkeit, S. 230; Peter Landau, Rechtskultur, S. 56, mit weit. Lit. in Fn. 58.

154 Liber Extra 4. 9. 1 (Friedberg II, Sp. 691f) sagt: „In Christo Jesu neque liber, neque servus est, qui a sacramentis ecclesiae sit removendus, ita quoque nec inter servos matrimonia debent ullatenus prohiberi; Vgl. Peter Landau, „Dignum est“, S. 511 – 553; derselbe, Rechtskultur, S. 43.

155 Ulpian in D. 25. 3. 5. 4 ff.; vgl. Kaser/Knütel/Lobsse, Römisches Privatrecht²¹, § 61, II, Rn. 4, S. 374; Anke Leineweber, S. 24 ff.

156 Vgl. Kaser/Knütel/Lobsse, Römisches Privatrecht²¹, § 61, II, 2, Rn. 6, S. 374; vgl. Hans-Jürgen Becker, Art. Uneheliche, in: HRG, Bd. V, 1998; Sp. 452 – 456, hier: Sp. 454.

157 C. 1. X. 1. 17 und c. 5 X. I. 18; vgl. Johannes B. Säg Müller, Bd. I, § 51, S. 222f; Anke Leineweber, S. 30 ff.

158 Vgl. Liber Extra 4. 7. 5, vgl. Helmut Coing, Europäisches Privatrecht I, § 44, III, S. 251f; Hans-Jürgen Becker, Spuren, S. 168. Das ist in § 1615a ff. BGB in der alten bis 30. Juni 1998 geltenden Fassung

VI. Erbrecht

1. *Anwendung des Sachsenspiegels – heute*

Für das Erbrecht wählen wir ein Beispiel aus dem Sachsenspiegel. Das ist ein Rechtsbuch, also eine Privatarbeit, die Eike von Repgow nach 1215 und vor 1235¹⁶⁰, wahrscheinlich um 1225 abgefaßt hat. Es enthält im Wesentlichen das Landrecht Ostsachsens, denn Eike war in Reppichau bei Dessau zu Hause. Er hatte nicht nur praktische Rechtserfahrungen als Schöffe, sondern wird auch in einer Reihe von Urkunden erwähnt, aus denen hervorgeht, dass er nicht nur Kontakte mit den Landgrafen von Thüringen, den Markgrafen von Brandenburg und den Fürsten von Anhalt hatte, sondern dass er Latein verstand und auch die Vulgatabibel, das kanonische Recht und das kirchliche Schrifttum kannte. Deshalb fasste er sein Werk auch zunächst lateinisch ab¹⁶¹, übertrug es jedoch auf Bitten seines Lehnsherren, des Grafen Hoyer von Falkenstein, ins Deutsche und schuf so den ersten deutschen Prosatext unserer Geschichte.

In der Geschichte des Erbrechts unterscheidet man das Beispruchsrecht und das Erbenwartrecht. Dieses war ein dingliches Recht am Hausgut. Es stand dem engeren Kreis der Hauserben zu, da das Hausgut (Grundstücke und Fahrnis) gesamthänderisch gebunden war. Dem Hausvater stand daran nur die Verwaltung und Nutzung zu, aber kein Verfügungsrecht. Das Hausgut war den Erben verfangen, sie hatten ein Anwartschaftsrecht darauf. Veräußerte der Hausvater Teile des Hausgutes, so konnten die Söhne bzw. die Enkel binnen Jahr und Tag das veräußerte Gut ohne Gegenleistung zurückfordern, sie hatten ein sog. Revokationsrecht¹⁶².

Dagegen hatte der jeweils nächste Erbe aus der Familie ein Beispruchsrecht. Es beruhte auf dem Sippeneigentum am Grund und Boden: Jede Veräußerung von Grundstücken bedurfte der Zustimmung des nächsten Erben, er hatte ein Anwartschaftsrecht am Gut des Sippenmitgliedes. Es handelt sich um ein Nämherrecht oder Retraktrecht. Bei einer Veräußerung ohne oder gegen den Willen des Erben steigerte sich dieses Anwartschaftsrecht zum freien Eigentum, das er vom Erwerber und dessen Rechtsnachfolger binnen Jahr und Tag herausverlangen konnte. Im Sachsenspiegel Landrecht I. 52, § 1 ist es beschrieben:

Ohne Erlaubnis der Erben und ohne echtes Ding darf niemand sein Grundeigen noch seine Leute veräußern. Veräußerte jemand widerrechtlich ohne Erlaubnis der Erben, so

eingegangen; heute: §§ 1601 – 1615o, da die unehelichen den ehelichen Kindern gleichgestellt sind.

159 Liber Extra 4. 17. 1; vgl. *Ferdinand Kogler*, legitimatio, in: ZRG, GA, Bd. 25, 1904, S. 94 – 171; *Horst Hermann*, uneheliche, 1971; *Udo Wolter*, Ius canonicum, S. 14; *Hans-Jürgen Becker*, Art. Uneheliche, in: HRG, Bd. V, 1998; Sp. 452 – 456.

160 Der Zeitansatz ergibt sich daraus, dass das 4. Laterankonzil von 1215 berücksichtigt ist, dagegen der Mainzer Reichslandfriede von 1235 sich hier noch nicht niedergeschlagen hat.

161 Davon übrig ist noch der sog. *Auctor vetus de beneficiis*, der lehnrechtliche Teil seines Werkes, vgl. dazu *Hans Schlosser*, diesen Art. in HRG, Bd. I (1964), Sp. 246f; Ausgabe: *Karl August Eckhardt*, in: MGH, *Fontes iuris Germanici antiqui*, Nova Series, Tom. II, 1, 2; vgl. *Schröder/v. Künßberg*, Lehrbuch, S. 720, Fn. 10; zur Entstehungsgeschichte des Sachsenspiegels vgl. *Karl August Eckhardt*, Einleitung zur Ausgabe in: MGH, *Fontes iuris Germanici antiqui*, nova series, Tomus I, S. X ff.

162 Vgl. *Werner Ogris*, Art. Erbenwartrecht, in: HRG, Bd. I (1967), Sp. 958f, *Hans Planitz*, Deutsches Privatrecht, 3. Auflage, 1949, S. 68; *Mitteis/Lieberich*, Deutsches Privatrecht, § 34, S. 108.

mag sich der Erbe mit Urteil dessen bemächtigen, als ob jener tot sei, der veräußert hat, was er nicht veräußern durfte¹⁶³.

Der Sachsenspiegel blieb in den später preußischen Gebieten bis 1794 (preußisches ALR), in Sachsen bis 1863 (Sächsisches BGB) und in Anhalt, Thüringen, Holstein und Lauenburg bis 1900 (BGB) als subsidiäre Rechtsquelle in Kraft. Das Reichsgericht hat ihn noch im 20. Jahrhundert mehrfach herangezogen¹⁶⁴. Hier sei nur kurz auf die letzte Entscheidung vom 9. Juli 1932 hingewiesen:

Im früheren Herzogtum Sachsen-Altenburg (heute: Thüringen) verteilte das Gesetz vom 29. April 1874 das Domänenvermögen zu 1/3 auf das Land, zu 2/3 auf das herzogliche Haus, das daraus einen Haus- und Familienfideikommiss in der Rechtsform einer juristischen Person errichtete. Durch Vertrag vom 5./6. Juni 1919 übertrug der regierende Herzog Ernst II. diese juristische Person auf das Land Thüringen. Hiergegen wandten sich seine damals noch minderjährigen Söhne Prinz Georg Moritz (*1900) und Prinz Friedrich Ernst (*1905) mit der Revokationsklage. Sie behaupteten, eine dingliche Anwartschaft auf Nutzung des Domänenfideikommissvermögens zu haben, hätten also dem Verträge von 1919 zustimmen müssen. Weder sie noch ein Pfleger seien aber deswegen gefragt worden. Folglich sei der Vertrag unwirksam. Das Reichsgericht hat das Beispruchsrecht der Erben aus Sachsenspiegel, Landrecht I. 52, § 1 als dingliches Recht am Familienfideikommiss angesehen und nicht nur die Zustimmung des Pflegers, sondern – weitergehend – auch die vormundschaftliche Genehmigung dieser Zustimmung nach § 1822 BGB für nötig gehalten und damit den Vertrag für nichtig erklärt.

2. Das Testament

Testamente sind aus dem römischen Recht bekannt. Im justinianischen Recht gab es zwei Grundformen, nämlich einmal das reguläre Testament (*testamentum tripertitum*, Inst. 2. 10. 3) vor sieben Zeugen, das der Erblasser diktierte oder schriftlich vorwies, das er und die Zeugen unterschrieben und siegelten. Der Errichtungsakt durfte nicht unterbrochen werden (Cod. 6. 23. 21 und 28); Das Testament mußte eine Erbeinsetzung enthalten. Daneben gab es eine erleichterte Form, den *codicillus*, der vor fünf Zeugen errichtet wurde (Cod. 6. 36. 8. 3). Er konnte jedoch keine Erbeinsetzung enthalten. Aus dem griechischen Recht ist dann noch die Erklärung des letzten Willens zu Protokoll des Gerichts hinzugekommen, dem der Erblasser auch ein Schriftstück übergeben konnte (Cod. 6. 23. 21. 3). Nur im Westen des Reiches gab es das wechselseitige Testament unter Ehegatten¹⁶⁵. In der nachklassischen Zeit dienten die Testamente vornehmlich der Versorgung naher Angehöriger, aber auch zur Wahrung des Seelenheils (*pro salute animae*¹⁶⁶. In den Digesten

163 Übersetzung nach *Schott/Schmidt-Wiegand*, (Übs.), *Eike von Repgow*, Der Sachsenspiegel, Zürich 1984, S. 74.

164 Vgl. RGZ 7, 133 (zitiert Ssp. I. 17 § 1, wo es um die sächsischen Ganerben = Gesamterben geht; RGZ 29, 134 – 139: „Kann während bestehender allgemeiner Gütergemeinschaft die Ehefrau sich selbst durch Rechtsgeschäft unbeschränkt verpflichten? – Ssp. LdR. 31. § 2, wo es um die eheliche Muntgewalt geht) und RGZ 137, 324 – 355 das Beispruchsrecht aus Ssp. LdR, I. 52, § 1 herangezogen wird.

165 Vgl. Nov. *Valentinians III.* 21.1, vgl. *Kaser/Knütel/Lohsse*, Röm. Privatrecht²¹, § 67, III, 2, Rn. 11, S. 400.

166 Vgl. *Kaser/Knütel/Lohsse*, Röm. Privatrecht²¹, § 65, II, 3, Rn. 15, S. 401; *Helmut Coing*, Europ.

(D. 50. 17. 7) findet sich der Grundsatz „*nemo pro parte testatus, pro parte intestatus decedere potest*“: Niemand kann seinen Nachlass zum Teil durch Testament, zum anderen Teil nach gesetzlicher Erbfolge vererben.

Die germanischen Völker kannten kein Testament¹⁶⁷ und auch Schenkungen von Todes wegen konnten die nächsten Erben wegen ihres Erbenwart- bzw. des Beispruchsrechts zurückfordern. Die Kirche war jedoch auf den Erwerb von Grund und Boden angewiesen, um ihre karitativen Aufgaben (Versorgung der Armen und Kranken) erfüllen und ihren Klerikern eine Lebensgrundlage bieten zu können, denn ihre sonstigen Einnahmen (freiwillige Gaben, Zehnt, Stolgebühren) reichten dafür nicht aus. Sie setzte deshalb durch, dass jeder Erblasser um seines Seelenheils willen (*pro salute animae*) über einen Teil seines Vermögens letztwillig verfügen und der Kirche zuwenden durfte. Die rechtliche Gestalt dieser Zuwendungen war verschieden: Es konnte sich dabei entweder um den sog. Sohnteil Christi handeln, d. h. Christus wurde als zusätzlicher Sohn des Erblassers angesehen, so dass die Kirche einen Kopfteil des Nachlasses erhielt¹⁶⁸. Es kam aber auch der Freiteil vor, über den der Erblasser frei verfügen durfte. Er betrug meist ein Drittel des Nachlasses¹⁶⁹. Schließlich konnte die Kirche auch in der Form des Hauptzehnts, einer einmaligen Abgabe aus der Substanz des Vermögens¹⁷⁰ am Nachlass beteiligt sein. Ihn hat Karl der Große durch die *capitulatio de partibus Saxoniae*¹⁷¹ in Sachsen eingeführt, er taucht aber auch im schwedischen Västergötland, und zwar im Älteren Västgöotalag (ÄVGL)¹⁷² und im Jüngeren Västgöotalag (YVGL)¹⁷³ auf. Die Kirche war bei Testamenten zu ihren Gunsten hinsichtlich der Form großzügiger als das römische Recht: Die Testamente waren nach Kirchenrecht auch dann gültig, wenn sie mündlich vor zwei oder drei Zeugen erklärt waren¹⁷⁴.

So wird deutlich, dass die Testamente – durch die Kirche zu den Germanen gebracht – sich dort durchgesetzt haben und seitdem aus unserer Rechtsordnung nicht mehr wegzudenken sind, wenn auch die Voraussetzungen ihrer Gültigkeit – vor allem der handschriftlichen Testamente (heute: § 2247 ff. BGB) oder der öffentlichen Testamente mehrfach geändert worden sind. Mit dem heutigen Testament kann man sowohl jemanden zum Erben einsetzen als auch Vermächtnisse anordnen. Der Satz „*nemo pro parte...*“ gilt nicht mehr. Außerdem hebt ein späteres Testament ein früheres – so weit sie sich widersprechen – auf.

Privatrecht Bd. I, § 117, S. 559 ff.

167 Vgl. *Tacitus*, *Germania* c. 20: „*Heredes successoresque sui cuique liberi, et nullum testamentum*“.

168 Vgl. *Alfred Alfred Schultze*, *Seelteil*, S. 27 ff.; zum Testamentsrecht vgl. auch *Udo Wolter*, S. 17f; *Andreas Wacke*, *Sohnteil*, S. 99 – 115.

169 Vgl. *Alfred Schultze*, S. 27 ff.; 62; 65f; 93 ff.

170 Vgl. *Maurer*, *Hauptzehnt*, S. 299f, Sonderdruck S. 89f; *Alfred Schultze*, S. 165 ff.

171 Vgl. *Karl August Eckhardt*, *Karolingerreich, capitulatio de partibus Saxoniae*, c. 16, S. 4; *Alfred Schultze*, S. 166f, der darauf hinweist, daß nach h. M. hier der Hauptzehnt und nicht der jährliche Zehnt gemeint sei..

172 ÄVGL, Kkb c. 3f; *Collin/Schlyter*, *Westgöta-Lagen*, Stockholm 1827, S. 4, aber auch in den übrigen schwedischen Landschaftsrechten; vgl. *Strauch* 2016², 416, 420.

173 YvGL Kkb c. 2, 5, 6, 72, ebenda S. 83f; 110.

174 Über die Gültigkeit formloser Testamente vgl. c. 4; 10; 11 (wo statt der fünf bzw. sieben Zeugen des römischen Rechts zwei oder drei Zeugen nach dem Dekret ausreichen, das sich auf Math. 18:16 bezieht; c. 13 X de testam. 26; vgl. *Johannes B. Sägmüller*, Bd. II, § 195, S. 441, Fn. 8.

3. Der Erbvertrag

Während die römischen Juristen der Antike den Erbvertrag als *stipulatio contra bonos mores* verwarfen, weil er die Testierfreiheit einschränkte¹⁷⁵, findet sich in den Volksrechten die *Affatomie* (Lex Ribuarica c. 50f), langobardisch *thinx* oder *Gairethinx* (Lex Rothari c. 168 – 174). Durch sie konnte ein Erblasser ohne leibliche Erben eine *adoptio in hereditatem* vornehmen: Vor dem König mußte er feierlich und symbolisch dem Bedachten die Gewere an seinem Vermögen bestellen. Geschah dies nicht, so fiel das Vermögen des erbenlos Verstorbenen an den König. Die lex Salica (c. 46 *de adfathamire*) schrieb vor, dass das Erbgut zunächst einem Vertrauensmann – später dem Salmann – übertragen wurde, der dann binnen 12 Monaten nach dem Tode des Erblassers das Gut dem Begünstigten übertrug¹⁷⁶. Am Ende der fränkischen Zeit trat die Affatomie zugunsten der Gaben von Todes wegen (*donationes post obitum*) zurück. Das waren jedoch keine Erbverträge, es handelte sich vielmehr um den Eigentumserwerb unter Lebenden. Die Juristen des Mittelalters haben jedoch hinsichtlich dieser Gaben von Todes wegen keine dogmatische Klarheit erreicht. Das preußische ALR sah in den Erbverträgen Vereinbarungen über die künftige Übertragung des Nachlasses¹⁷⁷. Die heutige Regelung des Erbvertrages in den §§ 2274 – 2302 BGB geht auf den Bonner Romanisten Johann Christian Hasse¹⁷⁸ zurück und ist so ins BGB gelangt.

ABKÜRZUNGEN

ALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten vom 1. Juni 1794
ÄVGL	Äldre Västgötalagen, Älteres Recht der schwedischen Landschaft Västergötland, von ca 1220
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch in Kraft seit 1. Jan. 1900
BGH	Bundesgerichtshof in Karlsruhe
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen, Band, Seite
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen, Band, Seite
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Band, Seite
can.	canon (kirchlicher Rechtssatz)
HRG	Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte, hrsg. von <i>Adalbert Erler/Ekkehard Kaufmann/Dieter Werkmüller</i> , Bd. I – V, Berlin 1971 – 1998; 2. Auflage, hrsg. v. <i>Albrecht Cordes/Hans-Peter Haferkamp/Heiner Lück/et al.</i> Bd. I - III, Berlin 2008 - 2016
HZ	Historische Zeitschrift, Band, Jahr, Seite
JA	Juristische Arbeitsblätter, Jahr, Seite
JuS	Juristische Schulung, Jahr, Seite
JZ	Juristenzeitung, Jahr, Seite
Kkb	Kyrkiubalkær (Kirchenabschnitt in den schwedischen Landschaftsrechten)

175 Vgl. D. 45. 1. 61 und C. 2. 3. 15; vgl. *Kipp/Helmut Coing*, Erbrecht, § 36; *Wolfgang Sellert*, Art. Erbvertrag in HRG I (1967), Sp. 981 – 985.

176 Ob es sich um einen echten Erbvertrag handelte oder der Begünstigte ein sofort wirksames dingliches Recht erlangte, ist streitig, vgl. den Streitstand bei *Wolfgang Sellert*, Art. Erbvertrag in HRG I (1967), Sp. 982.

177 Vgl. § 617 I.12 ALR und *Friedrich Carl v. Savigny*, System, Bd. IV S. 144f sagt, „die universelle Schenkung [müsse] heutigen Tages für gültig gehalten werden, weil sie ein wahrer Erbvertrag sei“.

178 *Johann Christian Hasse*, Erbvertrag, in: Rheinisches Museum, Jg. 2, 1828, S. 149 – 218; vgl. *Gustav Hartmann*, Erbverträge, SS. 1, mit Fn. 1 (Lit.); 22f; 26f; 29f; 110.

LexMA	Lexikon des Mittelalters, Band I – IX, Lachen 1999
Math.	Evangelium nach Matthäus
MGH	Monumenta Germaniae Historica
NJW	Neue Juristische Wochenschrift, Jahr, Seite
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen, Band, Seite
Rn.	Randnummer
TRE	Theologische Realenzyklopädie, 2. Auflage, Berlin etc. 1994 ff
YVGL	Yngre Västgötalagen (Jüngerer westgötisches Landschaftsrecht, ca 1290)
ZRG, GA	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung, Band, Jahr, Seite
ZRG, KA	dieselbe, Kanonistische Abteilung, Band, Jahr, Seite
ZRG, RA	dieselbe, Romanistische Abteilung, Band, Jahr, Seite

QUELLEN UND LITERATUR

- Avenarius, Martin*, 2012: Art. Glossatoren in: HRG², Bd. II, Sp. 408 – 412.
- Aymanns, Winfried*, 1999, Die Träger kirchlicher Dienste, in: Handbuch des katholischen Kirchenrechts, hg. v. *Joseph Listl/Heribert Schmitz*, 2. Aufl. Regensburg, S. 242 – 252.
- Aymanns, Winfried/Mörsdorf, Klaus*, 1991: Kanonisches Recht. Lehrbuch auf Grund des Codex iuris canonici, Bd. I.: Einleitende Grundfragen und Allgemeine Normen, Paderborn [Lehrbuch],
- Becker, Hans-Jürgen*, 1979: Art. Mehrheitsprinzip, in: HRG III (), Sp. 431 – 438.
- Becker, Hans-Jürgen*, 1988a: Art. Scholastik, in: HRG Bd. IV, Sp. 1478 – 1481.
- Becker, Hans-Jürgen*, 1998b: Art. Uneheliche, in: HRG, Bd. V.; Sp. 452 – 456.
- Becker, Hans-Jürgen*, 1998c: Art. Zinsverbot in HRG, Bd. V, Sp. 1719 – 1722;
- Becker, Hans-Jürgen*, 1999: Spuren des kanonischen Rechts im Bürgerlichen Gesetzbuch, in: FS *Hans Hermann Seiler*, Paderborn, S. 159 – 169 [Spuren].
- Bebrends, Okko*, 1984: Treu und Glauben. Zu den christlichen Grundlagen der Willenstheorie im heutigen Vertragsrecht, in: *Gerhard Dilcher/Ilse Staff (Hg.)*, Christentum und modernes Recht. Beiträge zum Problem der Säkularisation, Frankfurt/M, S. 255 – 303.
- Berman, Harold, J.*, 1991: Recht und Revolution. Die Bildung der westlichen Rechtstradition; Frankfurt/M.
- Bernhart, Joseph*, (Übs.), 1985: Summa Theologica, 3 Bde, 3. Auflage, Stuttgart.
- Brunner, Heinrich*, 1894: Über absichtslose Missetat im altdeutschen Strafrechte (Forschungen zur Geschichte des deutschen und französischen Rechts. Gesammelte Aufsätze), Stuttgart, S. 487 – 523.
- Brunner, Heinrich/Schwerin, Claudius Freiherr v. 1927*; Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. II, 2. Auflage, Berlin, Nachdruck Berlin 1958.
- Burmeister, Karl-Heinz*, 1974: Das Studium der Rechte im Zeitalter des Humanismus im deutschen Rechtsbereich, Wiesbaden.
- Campenhausen, Axel Freiherr v.*, 1967/68: Aktuelle Fragen des kirchlichen Stiftungswesens, in: Zeitschrift für ev. Kirchenrecht Bd. 13, S. 115 – 138.
- Codex iuris canonici auctoritate Ioannis Pauli PP. II promulgatus*, 1984: Codex des kanonischen Rechtes. Lateinisch-deutsche Ausgabe, 2. Auflage, von *Winfried Aymanns* (Hg.), Kevelaer.
- Coing, Helmut*, 1939: Simulatio und Fraus in der Lehre des *Bartolus* und *Baldus*, in: Festschrift für *Paul Koschaker*, Bd. III, Weimar, S. 402 – 419 [Simulatio].
- Coing, Helmut*, 1964: Römisches Recht in Deutschland, in: *Ius Romanum Medii Aevi (IRMAE)*, Bd. V, 6).
- Coing, Helmut*, 1984: Das Recht als Element der europäischen Kultur, in: HZ, Bd. 238, S. 1 – 15 [Element].
- Coing, Helmut*, Europäisches Privatrecht 1500 bis 1800, Bd. I: Älteres Gemeines Recht, München 1985.
- Collin, Hans Samuel / Schlyter, Carl Johan*, 1827: Westgöta-Lagen, Stockholm, Nachdruck Lund 1976.
- Colomi, Vittore*, 1969: Die drei verschollenen Gesetze des Reichstags bei Roncaglia.
- Conrad, Hermann/ Lieck-Buyken, Thea von der/Wagner, Wolfgang*, 1973: Die Konstitutionen Friedrichs II: von Hohenstaufen für sein Königreich Sizilien, Köln etc.

- Constitutiones et acta publica* Hrsg.. Doležalek, Gero, Dondorp, Harry, 1990: Review of Papal Rescripts in the Canonist's Teaching, in: ZRG, KA, Bd. 107, S. 172 – 253.
- Dreier, Ralf, 1972 :Das kirchliche Amt. Eine kirchenrechtstheoretische Studie, München [Amt].
- Dreier, Horst, 2002: Kanonistik und Konfessionalisierung – Marksteine auf dem Weg zum Staat, in: Juristenzeitung [JZ], S. 1 – 13 [Kanonistik].
- Ebel, Wilhelm, 1958 : Der Bürgereid, Weimar [Bürgereid].
- Ebel, Wilhelm, 1960: Über den Leihegedanken in der deutschen Rechtsgeschichte, VuF Bd. 5, Sigmaringen, S. 11 – 36 [Leihegedanke].
- Eckert, Jörn, 1992: Der Kampf um die Familienfideikomisse in Deutschland, Frankfurt/M.
- Eckhardt, Karl August, 1933: Sachsenspiegel, in: MGH, Fontes iuris Germanici antiqui, nova series, Tomus I, Hannover [Sp.].
- Eckhardt, Karl August, 1934: Die Gesetze des Karolingerreiches 714 – 911, Bd. III: Sachsen, Thüringer, Chamaven und Friesen (Germanenrechte Bd. 2), Weimar [Karolingerreich].
- Eckhardt, Karl August, 1986 : Auctor vetus de beneficiis, in : MGH, Fontes iuris Germanici antiqui, Nova Series, Tom. II, 1, 2, Hannover, Nachdruck (gleichlautend in: Bibliotheca Rerum Historicarum, 2, I, II, Aalen 1972 [Auctor]).
- Elders, L. J., 1999: Art. Scholastische Methode, in: LexMa Bd. VII, Sp. 1526 – 1528.
- Elenchus Fontium Historiae Urbanae, 1967: Vol. I, ed. Diestelkamp, Bernhard/Martens, M^a./van de Kieft, C./Niermeijer, J. F./Fritz, Birgitta., Leiden; darin: Bernhard Diestelkamp, Quellensammlung zur Frühgeschichte der deutschen Stadt, Nr. 1 – 227;
- Elsener, Ferdinand, 1956: Zur Geschichte des Majoritätsprinzips (pars maior und pars minor), insbesondere nach schweizerischen Quellen, in: ZRG, KA Bd. 42, , S. 73 – 116 [Majoritätsprinzip].
- Elsener, Ferdinand, 1963: Gesetz, Billigkeit und Gnade im kanonischen Recht, in: Summum ius – Summa iniuria. Individualgerechtigkeit und Schutz allgemeiner Werte im Rechtsleben, Tübingen, S. 168 – 190 [Billigkeit].
- Elsener, Ferdinand, 1989: Die Exkommunikation als prozessuales Vollstreckungsmittel. Zur Geschichte des kirchlichen Bannes im Spätmittelalter, 1968, in: desselben, Studien zur Rezeption des gelehrten Rechts, hg. v. Friedrich Ebel/Dietmar Willoweit, Sigmaringen, S. 152 – 164 [Exkommunikation].
- Erler, Adalbert, 1992: Art. Treu und Glauben, in: HRG¹, Bd. V, Sp. 317 ff.
- Feine, Hans Erich, 1964: Kirchliche Rechtsgeschichte, 4. Aufl. Köln etc.
- Fried, Johannes, 1974: Die Entstehung des Juristenstandes im 11. Jh.
- Friedberg, Emil Ludwig, 1879: Corpus Iuris Canonici, 2 Bde, 2. Auflage, Leipzig, Nachdruck Graz 1955.
- Fürst, C. G., 1974: Art. Kardinäle, in: HRG¹, Bd. II, Sp. 634 – 638.
- Gagnér, Sten, 1960: Studien zur Ideengeschichte der Gesetzgebung, Stockholm etc.
- Gamillscheg, Franz / Hanau, Peter, 1965: Die Haftung des Arbeitnehmers, Karlsruhe.
- Ganshof, François Louis, 1983: Was ist das Lehnswesen, 6. Aufl. Darmstadt.
- Ganzler, Klaus, 1967: Das Mehrheitsprinzip bei den kirchlichen Wahlen des Mittelalters, in: Theolog. Quartalsschrift, Bd. 147, S. 60 – 87.
- Gierke, Otto v., 1881: Das deutsche Genossenschaftsrecht, Bd. III: Die Staats- und Korporationslehre des Altertums und des Mittelalters und ihre Aufnahme in Deutschland, Breslau, Nachdruck Graz 1954.
- Gillet, Pierre, 1927: La personnalité juridique en droit ecclésiastique, spécialement chez des Décretistes et des Décretalistes et dans le code de droit canonique, Malines.
- Glomb, Alexander, 2008: Sententia plurimorum. Das Mehrheitsprinzip im Schrifttum des kanonischen Rechts und im Schrifttum der klassischen Kanonistik, Köln.
- Gmür, Rudolf/Roth, Andreas, 2003: Grundriss der Deutschen Rechtsgeschichte, 10. Auflage.
- Goez, Werner, 1962: Der Leihzwang, Tübingen.
- Groß, Karl, 1887: Das Recht an der Pfründe. Zugleich ein Beitrag zur Ermittlung des Ursprungs des ius ad rem, Graz.
- Hartmann, Gustav, 1860: Zur Lehre von den Erbverträgen und von den gemeinschaftlichen Testamenten, Braunschweig.

- Hasse, *Johann Christian*, 1828: Ueber Erbvertrag, Vertrag über eine fremde Erbschaft, Schenkung Todes halber und wechselseitiges Testament, in: *Rheinisches Museum für Jurisprudenz*, Jg. 2, Bonn, S. 149 – 241 u. S. 300 – 366.
- Hattenbauer, *Hans/Buschmann*, Arno, 1967: *Textbuch zur Privatrechtsgeschichte der Neuzeit*, München.
- Helmboldz, *Richard H.*, (Hg.), 1992: *Canon Law in Protestant Lands (Comparative Studies in Continental and Anglo-American Legal History 11)*, Berlin.
- Hering, *Carl Joseph*, 1971a: *Aequitas und Toleranz. Gesammelte Schriften*, Bonn, S. 68 – 83 [Aequitas].
- Hering, *Carl Joseph*, 1971b : die wissenschaftstheoretische Bedeutung der Scholastik, in: desselben *Aequitas und Toleranz. Gesammelte Schriften*, hrsg. v. Erich Fechner, Ernst v. Hippel und Herbert Frost, Bonn [Scholastik].
- Herrmann, *Horst*, 1971: *Die Stellung unehelicher Kinder im kanonischen Recht (Kanonistische Studien und Texte 26)*, Amsterdam.
- Heusler, *Andreas*, 1911: *Das Strafrecht der Isländersagas*, Leipzig.
- Heymann, *Ernst*, 1911: Zur Geschichte des *ius ad rem*, in: FS Otto von Gierke z. 70. Geburtstag, Weimar, S. 1167 – 1185.
- Hippel, *Ernst v.*, 1955: *Geschichte der Staatsphilosophie in Hauptkapiteln*, Bd. I, Meisenheim/Glan, S. 309 ff. [Staatsphilosophie].
- Hippel, *Ernst v.*, 1958 : *Naturrecht und positives Recht*, in: desselben *Mechanisches und moralisches Rechtsdenken*, Meisenheim/Glan [Naturrecht].
- Hippel, *Ernst v.*, 1959a : *Zur Kritik einiger Grundbegriffe in der „Reinen Rechtslehre“ Kelsens*, in: desselben, *Mechanisches und moralisches Rechtsdenken*, Meisenheim/Glan [Rechtsdenken].
- Hippel, *Ernst v.*, 1959b: *Das Naturrecht in der Rechtsprechung der Bundesrepublik*, in: *Mechanisches und Moralisches Rechtsdenken*, S. 224 – 237 [Rechtsprechung].
- Hippel, *Ernst v.*, 1967 : *Allgemeine Staatslehre*, 2. Aufl. Berlin [Staatslehre].
- Hippel *Ernst v.*, 1969 : *Elemente des Naturrechts*, Berlin etc. [Elemente].
- Hofmann, *Hasso*, 2003: *Repräsentation, Studien zur Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis ins 19. Jahrhundert (Schriften zur Verfassungsgeschichte Bd. 22)*, Berlin, 4. Auflage.
- Hofmann, *Hans – Joachim.*, 1968: *Die Abstufung der Fahrlässigkeit in der Rechtsgeschichte*, Berlin.
- Hollnsteiner, *Johannes*, 1925: *Studien zur Geschäftsordnung am Konstanzer Konzil – ein Beitrag zur Geschichte des Parlamentarismus und der Demokratie*, in: *Festschrift Heinrich Finke*, Münster, S. 240 – 256.
- Innozenz IV., 1570: *Apparatus in V Libros Decretalium*, Frankfurt (Neudruck Frankfurt/M 1968).
- Isenmann, *Eberhard*, 1999: *Art. Staat*, in: *LexMA*, Bd. VII, Sp. 2151 – 2156.
- Jabr, *Günter*, 1968: *Romanistische Beiträge zur modernen Zivilrechtswissenschaft*, in: *Archiv für die civilistische Praxis [AcP]*, Bd. 168, , S. 9 – 26.
- Jedin, *Hubert* (Hg.), 1962: *Conciliorum oecumenorum decreta*, 2. Aufl. Freiburg.
- Kämpf, *Helmut*, (Hg.), 1964: *Herrschaft und Staat im Mittelalter*, Darmstadt.
- Kaser, *Max / Knütel, Rolf/Lobsse, Sebastian*, *Römisches Privatrecht. Ein Studienbuch*, 21. Aufl. 2017.
- Kaufmann, *Ekkehard*, 1958: *Die Erfolgshaftung*, Frankfurt/M .
- Kelsen, *Hans*, 1928 : *Die philosophischen Grundlagen der Naturrechtslehre und des Rechtspositivismus*, [Naturrecht].
- Kelsen, *Hans*, 1934 : *Reine Rechtslehre*, Leipzig/Wien [Rechtslehre].
- Keyser, *R./Munch, P. A.* (Hg.), 1848: *Norges Gamle Love indtil 1387, Bind II, Christiania*.
- Kipp, *Theodor/Coing, Helmut*, 1990: *Erbrecht. Ein Lehrbuch (Lb. d. Bürgerlichen Rechts von Enneccerus/Kipp/Wolff, Bd. 5)*, 14. Bearb. Tübingen.
- Kogler, *Ferdinand*, 1904: *Beiträge zur Geschichte der Rezeption und der Symbolik der legitimatio per matrimonium subsequens*, in: *ZRG, GA*, Bd. 25, , S. 94 – 171.
- Koschaker, *Paul*, 1966: *Europa und das Römische Recht*, 4. Auflage, München.
- Kradepohl, *Anton*, 1939: *Stellvertretung und kanonisches Eherecht (Kanonistische Studien und Texte 17)*, Bonn.
- Krause, *Hermann*, 1952: *Kaiserrecht und Rezeption (Abh. d. Heidelberger Akademie d. Wiss. Phil.-Hist. Klasse, I.*
- Krause, *Hans-Georg*, 1976: *Der Sachsenspiegel u. d. sog. Leihezwang*, in: *ZRG, GA* 93, S. 21 – 99.

- Kroeschell, Karl*, Deutsche Rechtsgeschichte, 2005/2008: Band I: bis 1250, 12. Auflage, Opladen/Wiesbaden 2005; Band II: ((mit Karin Nehlsen v. Stryk) 1250 – 1650), 9. Aufl., 2008; Band III: Seit 1650, 5. Aufl., 2008 [Dt. RG.].
- Kuttner, Stefan*, 1935: Kanonistische Schuldlehre von Gratian bis auf die Dekretalen Gregors IX. Systematisch auf Grund der handschriftlichen Quellen dargestellt, Città del Vaticano [Schuldlehre].
- Kuttner, Stefan*, 1936: Sur les origines du terme ‚droit positif‘, in: Revue historique de droit français et étranger, 4e serie 15, , S. 728 – 740, wieder in: desselben The History of Ideas and Doctrines of Canon Law in the Middle Ages, London 1980, Nr. III u. Anhang S. 4f.
- Landau, Peter*, 1967: Hadrians IV. Dekretale „Dignum est“ (X. 4. 9. 1) und die Eheschließung Unfreier in der Diskussion von Kanonisten und Theologen des 12. und 13. Jahrhunderts (Studia Gratiana 12), Bologna, S. 511 – 553 [Dignum].
- Landau, Peter*, 1971: Zum Ursprung des „ius ad rem“ in der Kanonistik, in: Proceedings of the Third International Congress of Medieval Canon Law Strasbourg, 1968, ed. *Stephan Kuttner*, Civitate Vaticana; S. 81 – 102 [ius ad rem].
- Landau, Peter*, 1979: Art. Asylrecht III: Alte Kirche und Mittelalter, in: Theologische Realenzyklopädie (TRE), Bd. 4, , S. 319 – 327.
- Landau, Peter*, 1991: Der Einfluss des kanonischen Rechts auf die europäische Rechtskultur, in: Reiner Schulze (Hg.), Europäische Rechts- und Verfassungsgeschichte, Berlin, S. 39 – 57 [Rechtskultur].
- Landau, Peter*, 1996: Die Bedeutung des kanonischen Rechts für die Entwicklung einheitlicher Rechtsprinzipien, in: Die Bedeutung etc. (derselbe Titel), hg. von Heinrich Scholler, S. 23 – 47 [Rechtsprinzipien].
- Landau, Peter*, 1998: Art. Zins, in HRG¹, Bd. V, , Sp. 1707 ff.
- Landau, Peter*, 2003: Pacta sunt servanda. Zu den kanonistischen Grundlagen der Privatautonomie, in: Mario Ascheri/Friedrich Ebel etc. (Hg.), Ins Wasser geworfen und Ozeane durchquert, Festschrift für Knut Wolfgang Nörr, Köln etc., S. 457 – 474 [Privatautonomie].
- Langner, Albrecht*, 1959: Der Gedanke des Naturrechts seit Weimar und in der Bundesrepublik (Schriften zur Rechtslehre und Politik 20), Bonn.
- Lefebvre, Charles*, 1965: Art. ‚Rote Romaine‘, in: Dictionnaire de Droit Canonique, Bd. 7, col. 742 – 771.
- Leineweber, Anke*, 1978: Die rechtliche Beziehung des nichtehelichen Kindes zu seinem Erzeuger in der Geschichte des Privatrechts (Beiträge zur Neueren Privatrechtsgeschichte, hrsg. v. *Heinz Hübner*, 7), Königstein.
- Leppin, Hartmut*, 1988: Untersuchungen zum Leihezwang, in: ZRG, GA 105, , S. 239 – 252.
- Liebs, Detlev*, 1986: Lateinische Rechtsregeln und Rechtssprichwörter, 4. Auflage, München.
- Liermann, Hans*, 1973: Das kanonische Recht als Gegenstand des gelehrten Unterrichts an den protestantischen Universitäten Deutschlands in den ersten Jahrhunderten nach der Reformation, in: desselben Der Jurist und die Kirche. hg. v. Martin Heckel/Klaus Ober Theodor Mayer/Dietrich Pirson (Ius ecclesiasticum 17), München, S. 108 – 131 [Unterricht].
- Liermann, Hans*, 1957/58: Das kanonische Recht als Grundlage europäischen Rechtsdenkens, in: Zeitschrift f. evangelisches Kirchenrecht Bd. 6, S. 37 – 51 [Rechtsdenken].
- Litewski, Wiesław*, 1974: Appeal in Corpus Iuris Canonici, in: Annali di storia del diritto Bd. 14 – 17, S. 1452 – 1521.
- Luig, Klaus*, 1998: Art. Usus Modernus, in: HRG¹, Bd. V, Sp. 628 – 636.
- Maibhofer Werner*, (Hg.), 1962: Naturrecht oder Rechtspositivismus? (Wege der Forschung Bd. 16), Darmstadt.
- Maurer, Konrad*, 1874: Über den Hauptzehnt einiger nordgermanischer Rechte (Abh. d. Bayer. Akad. d. Wiss., Philosoph/philolog. Klasse Bd. 13, II, München;
- Mayer, Theodor*, 1964: Die Ausbildung der Grundlagen des modernen Staates im hohen Mittelalter, 1939, wieder in: Herrschaft und Staat im Mittelalter, hg. v. Helmut Kämpf, Darmstadt, S. 284 – 331.
- Mayer-Maly, Theo*, 1964: Die Wiederkehr der culpa levissima. Diagnose und Reflexionen zur Lehre von den Fahrlässigkeitsstufen, in: Archiv für die civilistische Praxis [AcP] Bd. 163, S. 114 – 136.
- Mayer-Maly, Theo*, 1970: Die Wiederkehr von Rechtsfiguren, in: Juristenzeitung (JZ), S. 1 – 3.
- Merzbacher, Friedrich*, 1983: Die Regel Fidem frangenti fides frangitur und ihre Anwendung, in: ZRG, KA Bd. 99, S. 339 – 362.

- Mirbt, Carl/Aland, Kurt, 1967: Quellen zur Geschichte des Papsttums und des römischen Katholizismus, 6. Aufl. Bd. I, Tübingen.
- Mitteis, Heinrich, 1974 : Lehnrecht und Staatsgewalt, 2. Aufl. Köln etc. [Lehnrecht].
- Mitteis, Heinrich/Lieberich, Heinz, 1981: Deutsches Privatrecht, 9. Auflage München.
- Mommsen, Theodor/Krüger, Paul/Schöll, Rudolf, 1970/72: Corpus Iuris Civilis, 3 Bde, Berlin.
- Muldoon, James, 1976: A fifteenth Century Application of the Theory of the Just War, in: Proceedings of the Fourth International Congress of Medieval Canon Law, Toronto 1972, Città del Vaticano (=Monumenta Iuris Canonici, Ser. C, Bd. 5), S. 467 – 480 [Just War].
- Muldoon, James, 1979 : Popes, Lawyers and Infidels, Liverpool [Popes].
- Müller, Ulrich, 1969: Die Entwicklung der direkten Stellvertretung und des Vertrages zugunsten Dritter, Köln.
- Nörr, Knut Wolfgang, 1994: Ohne Ansehen der Person. Eine Exegese der 12. Regula iuris im Liber Sextus und der Glossa ordinaria des Johannes Andreae hierzu, in: Rivista Internazionale di Diritto Commune, Band V, S. 23 – 42 [Person].
- Nörr, Knut Wolfgang, 1999: Kanonisches Recht und modernes Gerichtsverfahrensrecht aus der Distanz eines Jahrtausends, in: FS Martin Heckel zum 70. Geburtstag, Tübingen, S. 197 – 205 [Gerichtsverfahren].
- Oehler, Dietrich, Zur Entstehung des strafrechtlichen Inquisitionsprozesses, in: Gedächtnisschrift f. Hilde Kaufmann, hg. v. Hans Joachim Hirsch u.a., Berlin 1986, S. 847 – 861.
- Ogris, Werner/Christian Neschwara, 2008: Art. Erbenlaub, in: HRG², Bd. I, Sp. 1360f.
- Oppitz, Ulrich-Dieter, 2008: Art. Auctor vetus de beneficiis, in: HRG², Bd. I, Sp. 326f.
- Padoa-Schioppa, Antonio, 1996: Note sul ruolo del diritto canonico e sulla storiografia giuridica, in: Heinrich Scholler (Hg.), Die Bedeutung des kanonischen Rechts für die Entwicklung einheitlicher Rechtsprinzipien (Schriftenreihe der Gesellschaft für Rechtsvergleichung 177), Baden-Baden.
- Palandt, Otto/Bearbeiter, Kommentar zum BGB, 76. Auflage München 2017.
- Planitz, Hans, 1949: Deutsches Privatrecht, 3. Auflage, Weimar.
- Plöchl, Willibald M., 1960- : Geschichte des Kirchenrechts, Bde I – V, Wien ff. [Geschichte].
- Plöchl, Willibald M., 1974: Art. Kirchenrecht, katholisches, in: HRG, Bd. II, Sp. 771 – 775.
- Quaritsch, Helmut, 1970: Staat und Souveränität, Bd. I: Die Grundlagen, Frankfurt/M.
- Rees, Wilhelm, 1993: Die Strafgewalt der Kirche. Das geltende kirchliche Strafrecht – dargestellt auf der Grundlage seiner Entwicklungsgeschichte, Berlin.
- Reinhard, Wolfgang, 2000: Geschichte der Staatsgewalt, 2. Auflage München.
- Roos, Lothar, 1988: Mehrheitsregel im Entscheidungsprozess. Zur Geschichte eines demokratischen Strukturelements und seiner Bedingungen, in: Anton Rauscher (Hrsg.), Mehrheitsprinzip und Minderheitenrecht (Mönchengladbacher Gespräche 9), Köln, S. 9 – 53 [Mehrheitsregel].
- Rüping, Hinrich, 1976: Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs und seine Bedeutung im Strafverfahren (Strafrechtliche Abhandlungen NF 26).
- Sägmüller, Johannes Baptist, 1914: Lehrbuch des Kirchenrechts, 3. Aufl. 2 Bände, Freiburg/Br.
- Savigny, Friedrich Carl v., 1841: System des heutigen römischen Rechts, Bd. IV, Berlin.
- Schild, Wolfgang, 1997: Art. Strafe, Strafrecht, in: LexMA Bd. VIII, Sp. 198 – 201.
- Schlaich, Klaus, 2001: Das Recht der Papstwahl, in: Juristische Schulung [JuS], S. 319 – 324.
- Schlosser, Hans, 2005 : Grundzüge der Neueren Privatrechtsgeschichte, 10. Aufl. Heidelberg [Grundzüge].
- Schmidt-Wiegand, Ruth, 1993: Sprichwörter und Redensarten aus dem Bereich des Rechts, in: Überlieferung, Bewahrung und Gestaltung in der rechtsgeschichtlichen Forschung (=Recht- u. Staatswiss. Veröff. d. Görres-Gesellschaft, N.F. 69, , S. 277 – 296;
- Schmitz, Heribert, 1970: Appellatio extrajudicialis. Entwicklungslinien einer kirchlichen Gerichtsbarkeit über die Verwaltung im Zeitalter der klassischen Kanonistik (1140 – 1348) (Münchener Theologische Studien III: Kann. Abt. Bd. 29), München.
- Schott, Clausdieter / Schmidt-Wiegand, Ruth, (Übs.), 1984: Eike von Repgow, Der Sachsenspiegel, Zürich.
- Schrage, Eltjo H., 1992: Utrumque Ius. Eine Einführung in das Studium der Quellen des mittelalterlichen gelehrten Rechts.
- Schröder, Richard/Künßberg, Eberhard Frhr. v., 1932: Lehrbuch d. deutschen Rechtsgeschichte, 7. Aufl. Berlin etc.

- Schultze, Alfred*, 1928: Augustin und der Seelteil des germanischen Erbrechts (Abh. d. phil./hist. Klasse d. sächs. Akad. d. Wiss. Bd. 38, Nr. IV), Leipzig.
- Schwab, Dieter*, 1967: Grundlagen und Gestalt der staatlichen Ehegesetzgebung in der Neuzeit bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, Bielefeld.
- Seiler, Hans-Hermann*, 1976: Utile per inutile non vitiatur, in: Festschrift Max Kaser zum 70. Geburtstag, München, S. 127 – 147.
- Sella-Geusen, Sylvia*, 1999: Doppelverkauf. Zur Rechtstellung des ersten Käufers im gelehrten Recht des Mittelalters (Schriften zur Europäischen Rechts- und Verfassungsgeschichte).
- Stelzer, Winfried*, 1978: Zum Scholarenprivileg Friedrich Barbarossas, in: Deutsches Archiv, Bd. 34, , S. 123 – 165.
- Stradal, Helmut*, 1971: Art. Genossenschaft, in: HRG¹, Bd. I, Sp. 1522 – 1527.
- Strätz, Hans Wolfgang*, 1974: Treu und Glauben I. Beiträge und Materialien zur Entwicklung von „Treu und Glauben“ im deutschen Privatrecht vom 13. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts, Paderborn [Treu u. Glauben].
- Strätz, Hans-Wolfgang*, 1998: Art. Wucher, in: HRG¹, Bd. V, Sp. 1538 ff.
- Strayer, Joseph R.*, 1975: Die mittelalterlichen Grundlagen des modernen Staates, übers. v. Hanna Vollrath, Köln etc.
- Strauch, Dieter*, 1997: Die Generalstudien der Bettelorden und das Rechtsstudium. Zur Gründungsgeschichte der alten Universität Köln, in: Symposion 1995 der Düsseldorfer Gesellschaft für Rechtsgeschichte, Düsseldorf, S. 42 – 58 [Generalstudien].
- Strauch, Dieter*, 2014: Das Archivalieneigentum, Köln, 2. Auflage Köln.
- Strauch, Dieter*, 2016: Mittelalterliches Nordisches Recht bis ca 1500, 2. Auflage, Berlin etc.
- Thomas v. Aquino*, 1948: Summa Theologiae. Cura et studio P. Caramello, 4 Bde, Rom, hier: I, II, 93, 1; in Übersetzung auch bei *Joseph Bernhart*, Summa Theologica, 3 Bde, 3. Auflage, Stuttgart 1985.
- Trusen, Winfried*, 1961: Spätmittelalterliche Jurisprudenz und Wirtschaftsethik, Wiesbaden [Jurisprudenz].
- Trusen, Winfried*, 1962 : Die Anfänge des gelehrten Rechts in Deutschland, Wiesbaden [Anfänge].
- Trusen, Winfried*, 1973: Die gelehrte Gerichtsbarkeit der Kirche, in: Helmut Coing (Hg.), Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte, Bd. I, Mittelalter (1100 – 1500), Die gelehrten Rechte und die Gesetzgebung, München, S. 467 – 479 [Gerichtsbarkeit].
- Trusen, Winfried*: 1984: Strafprozess und Rezeption. Zu den Entwicklungen im Spätmittelalter und den Grundlagen der Carolina, in: *Peter Landau/Friedrich Christian Schroeder* (Hg.), Strafrecht, Strafprozess und Rezeption. Grundlagen, Entwicklung und Wirkung der Constitutio Criminalis Carolina, Frankfurt/M, S. 29 – 118 [Rezeption].
- Trusen, Winfried*, 1988: Der Inquisitionsprozess. Seine historischen Grundlagen und frühen Formen, in: ZRG, KA Bd. 74, S. 168 – 230 [Inquisitionsprozess].
- Uhlhorn M.*, 1985: Art. Rechtliches Gehör, in: HRG¹ IV, Sp. 253 – 258.
- Wacke, Andreas*, 1981: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst – Prior tempore potior iure, in: Juristische Arbeitsblätter, S. 94 – 98 [prior tempore].
- Wacke, Andreas*, 1989: Notwehr und Notstand bei der aquilischen Haftung. Dogmengeschichtliches über Selbstverteidigung und Aufopferung, in: ZRG, RA Bd. 106, S 469 – 501 [Notwehr].
- Wacke, Andreas*, 1998 : „Ein Sohnesteil für Jesus Christus“: Zum Einfluss des Christentums auf das (spätantike) Erbrecht, in: Orbis Iuris Romani (OIR), Bd. 4 (), S. 99 – 115 [Sohnesteil].
- Wacke, Andreas*, 2008: Art. Audiatur et altera pars, in: HRG², Bd. I, 2. Auflage, Berlin, Sp. 327 – 331.
- Weigand, Rudolf*, 1967: Die Naturrechtslehre der Legisten und Dekretisten von Irnerius bis Accursius und von Gratian bis Johannes Teutonicus, (Münchener Theologische Studien, III: Kann. Abt. Bd. 26), München [Naturrechtslehre].
- Weigand, Rudolf*, 1981: Zur mittelalterlichen kirchlichen Ehegerichtsbarkeit. Rechtsvergleichende Untersuchung, in: ZRG, KA, Bd. 67, S. 213 – 247 [Ehegerichtsbarkeit].
- Weinkauff, Hermann*, 1960: Der Naturrechtsgedanke in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes, in: NJW, S. 1689 – 1696, wieder in: *Werner Maihofer* (Hg.), Naturrecht oder Rechtspositivismus? (Wege der Forschung Bd. 16), Darmstadt 1962.
- Weitzel, Jürgen*, 1994: Strafe und Strafverfahren in der Merowingerzeit, in: ZRG, GA, 111,; S. 66 – 147.

- Wesenberg, Gerhard/Wesener, Gunter*, 1985: Neuere deutsche Privatrechtsgeschichte, 4. Auflage Wien etc.
- Wesener, Gunter*, 1975: Zur Dogmengeschichte des Rechtsbesitzes, in: FS Walter Wilburg zum 70. Geburtstag (Grazer Rechts- und Staatswissenschaftliche Studien 31), Graz, S. 453 – 476.
- Wolff, Armin*, 1981: Gesetzgebung und Kodifikation, in: *Peter Weimar* (Hg.), Die Renaissance der Wissenschaften im 12. Jh., Zürich etc. (Zürcher Hochschulforum Bd. 2), S. 143 – 171.
- Wolff, Erik*, 1955: Das Problem der Naturrechtslehre, Karlsruhe.
- Wolff, Martin/ Raiser, Ludwig*, 1957: Sachenrecht, 10. Bearb. Tübingen.
- Wohlhaupter, Eugen*, 1931: Aequitas canonica. Eine Studie aus dem kanonischen Recht, Paderborn.
- Wolter, Udo*, 1975: Ius canonicum in iure civili. Studien zur Rechtsquellenlehre in der neueren Privatrechtsgeschichte (Forschungen zur Neueren Privatrechtsgeschichte 23), Köln [Ius canonicum].
- Wolter, Udo*, 1985: Das Prinzip der Naturalrestitution in § 249 BGB. Herkunft, historische Entwicklung und Bedeutung (Schriften zur Rechtsgeschichte 36), Berlin [Naturalrestitution].
- Wolter, Udo*, 1988: Amt und Officium in mittelalterlichen Quellen vom 13. bis 15. Jh., in: ZRG, KA, Bd.74, S. 246 – 280 [Officium].
- Zeumer, Karl*, 1913: Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Reichsverfassung in Mittelalter und Neuzeit, 2. Aufl. Tübingen.
- Ziegler, Karl Heinz*, 1998: Art. Völkerrecht, in: HRG¹, Bd. V, Sp. 948 – 963.
- Zimmermann, Reinhard*, „Cy-près“, in: Iuris Professio. Festgabe für *Max Kaser* zum 80. Geburtstag, hrsg. v. Hans-Peter Benöhr etc. Wien etc. 1986, S. 395 – 415 [„Cy-près“];
- Zimmermann, Reinhard*, Das römisch-kanonische ius commune als Grundlage europäischer Rechtseinheit, in: JZ 1992, S. 8 – 20 [Rechtseinheit].